

IGNORIERT AUSGELACHT UND ABGEZOGEN

Wenn Politik und Bürger auf
verschiedenen Planeten leben

Ein Politthriller über eine Protestbewegung,
von der der heutige Arbeitsminister von
NRW, Karl-Josef Laumann, einmal sagte:
"In meinem gesamten politischen Leben habe
ich noch nie so eine politische Bewegung
gesehen."

Siegfried Genreith

Über den Autor: Siegfried Genreith, 63, ist Mathematiker, verheiratet, hat drei erwachsene Kinder und lebt in Nideggen/Eifel/NRW. Nach Abschluss seines Studiums an der Universität Köln arbeitete er mehr als drei Jahrzehnte bei einem weltweit führenden IT-Unternehmen als IT-Architekt und Chefdesigner in der Betreuung internationaler Großkunden aus der Banken- und Versicherungsbranche. Neben seinen Hauptaufgaben schrieb er dabei seit den frühen 90er Jahren immer wieder einmal Artikel für Fachzeitschriften. Einer seiner Schwerpunkte war das Thema „Künstliche Intelligenz“, zu deren Grundlagen er eigene Gedanken und Ideen seit 2010 in mehreren Büchern veröffentlicht hat. Dazu zählen die Sachbücher „Bewusstsein, Zeit und Symmetrien“, „The Source of the Universe“, sowie unter seinem Pseudonym „Friedegis Heintger“ die fiktionalen Erzählungen „Funkenflug“ und „Einsichten eines Schwarms“.

Sein neues Buch „Ignoriert, ausgelacht und abgezogen“ fällt aus diesem Rahmen heraus. Er beschreibt darin in lockerem Erzählstil seine Erfahrungen mit einer landesweiten Initiative, die er im Frühjahr des Jahres 2010 ins Leben gerufen hatte, die schnell weite Kreise zog, außerordentlich erfolgreich wurde und letztlich ein bestehendes Landesgesetz in NRW zu Fall brachte.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2020 Genreith, Siegfried

Lektorat: Karl-Udo Priesmeier, Bielefeld

1. Auflage März 2019
2. überarbeitete Auflage 19. Februar 2020

Herstellung und Verlag: BoD – Books on Demand, Norderstedt

ISBN: 978-3-7412-9433-4

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Prolog | I |
| Eine fast wahre Geschichte | III |
| Die wahre Geschichte | 1 |
| Davon steht nichts in der Bibel. | 1 |
| Hoppla – das könnte wichtig sein! | 3 |
| Wichtige Mitteilung | 3 |
| Ein hoffnungsloses Unterfangen | 19 |
| Die Sache nimmt Fahrt auf. | 27 |
| Bunkermentalität | 27 |
| Zukunft NRW | 35 |
| Läuterung der FDP | 49 |
| Dichtheitsprüfung Nein Danke! | 63 |
| Wut, Ärger, Nerven | 76 |
| Demo in Münster | 89 |
| Fast am Ziel – Kurswechsel der CDU | 101 |
| Die Verbände laufen Sturm. | 117 |
| Entspannung Nein Danke! | 117 |
| Ziel in greifbarer Nähe | 132 |
| Dumm gelaufen | 144 |
| Alles zurück auf LOS | 158 |
| Opposition solidarisch | 172 |
| Die Wahllüge | 184 |
| Kraft sagt Basta! | 198 |
| Erfolg oder Misserfolg? | 210 |
| Der §61A ist Geschichte. | 229 |
| Kriegsmüde? | 229 |
| Dichtheitsprüfung adieu – für die Meisten . | 262 |
| Kommt Zeit, kommt Rat, kommt Landtagswahl. | 269 |
| Relative Ruhe | 269 |
| Eine unendliche Geschichte | 291 |
| Ende gut | 305 |
| Epilog | 307 |
| Quellen | 313 |



Prolog

Die Idee zu diesem Buch entstand Anfang 2018, als ich daranging, mein umfangreiches E-Mail-Archiv aufzuräumen. Im Verlaufe einer der größten politischen Protestwellen der letzten Jahre in Nordrhein-Westfalen hatte die Korrespondenz vieler unserer Mitstreiter und Gegner eine unglaubliche Zahl von Nachrichten hinterlassen. Die massiven und nahezu flächen-deckenden Proteste hatten sich an einer skandalösen Landesgesetzgebung entzündet, die bundesweit ihresgleichen sucht. Es handelte sich um den zu trauriger Berühmtheit gekommenen § 61a des Landeswassergesetzes, der in seiner Urfassung sehr vielen Bürgern aufwendige und ökologisch sinnlose Arbeiten an ihren Abwasserkanälen abverlangt hatte. Die überwiegend ideologisch motivierten Belastungen daraus waren immens, in vielen Fällen sogar existenzbedrohend.

Mit der letzten Landtagswahl 2017 schien das zugrundeliegende Problem gelöst zu sein und tausende von elektronischen Nachrichten belegten viel Platz, den ich gerne freigeben wollte. Die nahezu vollständige Historie der vergangenen acht Jahre hatte einen Rechnerwechsel und mehrere Festplattenabstürze überstanden, sodass ich die Ereignisse seit 2010 aus meinem Blickwinkel heraus noch lückenlos recherchieren konnte. Eigentlich wurde mir bei der Lektüre einiger der Nachrichten erst bewusst, wie spannend und einzigartig die wechselvolle Geschichte unserer Protestbewegung bis in die Gegenwart hinein tatsächlich ist. Mit meiner Landesinitiative war ich immer mitten drin.

Die Geschichte des Widerstands gegen die Dichtheitsprüfung in Nordrhein-Westfalen, festgeschrieben im ehemaligen § 61A des Landeswassergesetzes von 2007, ist nur aus vielen unterschiedlichen Blickrichtungen zu verstehen. Zu keiner Zeit existierte eine geschlossene Organisation, nur viele über das ganze Land verstreute Akteure¹ und lokale Initiativen, die oft aus purer Verzweiflung der Betroffenen heraus ins Leben gerufen wurden. Diese zersplitterte Opposition wäre nahezu wirkungslos bei Kommunen und Bezirksregierungen verpufft, hätten die Proteste nicht unvermittelt ein gemeinsames Gesicht bekommen. Im Mai 2010 ging die Initiative „Alles dicht in NRW“ an den Start, versammelte schnell die meisten verstreut bestehenden Bürgerinitiativen hinter diesem Sammelbegriff und ließ sehr viel mehr neue entstehen. Damit erst konnten viele einzelne Brandherde in Düsseldorf als Flächenbrand wahrgenommen werden. Alle Experten rieten von extremen Forderungen nach Streichung der Regelungen ab und vertraten die Ansicht, bestenfalls seien die Ausführungsbestimmungen noch diskutabel, um die Folgen

1 Sollte sich jemand diskriminiert fühlen durch die meist männlichen Wortformen, bitte ich um Nachsicht. Selbstverständlich meine ich jeweils alle Geschlechter – männlich, weiblich, divers. Ein „durchgengerter“ Text wäre einfach nicht mehr vernünftig lesbar und würde sich anhören wie eine Bundestagsrede.

für die Bürger abzumildern. Allen Skeptikern zum Trotz wurde im Jahr 2013 das bestehende und bereits in Umsetzung befindliche Gesetz gegen den erbitterten Widerstand weiter Kreise der Politik und des Handwerks gestrichen – ein einzigartiger Vorgang in der neueren Geschichte des Landes.

Für Außenstehende, die noch nicht mit den konkreten Folgen der damaligen Vorschriften konfrontiert waren, ist es schwer zu verstehen, was die Ursache für die Wut und den Protest gegen eine auf den ersten Blick alternativlos und eher harmlos daher kommende Regelung in Teilen der Bevölkerung war. Wieder einmal lagen die Probleme in politisch wenig beachteten Details und die Faktenlage erwies sich als fraglich bis schlicht falsch. In der Tat haben die Angst vor den Folgen dieses Gesetzes bis hin zu Panik den Proteststurm über Jahre getragen.

Die Gründe für die extremen Reaktionen von Betroffenen macht die nun folgende fiktionale Kurzgeschichte deutlicher, als es jede Auflistung harter Fakten könnte. „Die wahre Geschichte“ folgt daran anschließend.

Jetzt heißt es also erst einmal

ACHTUNG – Fiktion!

... oder etwa doch nicht? Tatsächlich schildert die folgende Chronologie eine unglaubliche Katastrophe, die so oder so ähnlich hätte Tausenden unglücklicher Bürger passieren können und nicht wenigen im wirklichen Leben passiert ist.

Wie jede wahre Geschichte findet auch diese nie wirklich ein Ende. Unter dem Deckmantel der Ökologie werden wir fast täglich mit Regelungen bombardiert, die der Umwelt nicht nutzen, aber den Anbietern und Produzenten passender Lösungen und Dienstleistungen risikolos satte Renditen bescherten, während für den normalen Bürger das nackte Leben zunehmend unbezahlbar wird.

Wie das Unheil im Einzelfall seinen Verlauf nimmt und erdrutschartig den erträumten Lebensabend eines Ehepaares zerstört, erzählt nun in aller Kürze „Eine fast wahre Geschichte“.

Ich wünsche ihnen viel Spaß und Betroffenheit bei der Lektüre.

Herzliche Grüße aus der wunderschönen Eifel

Siegfried Genreith

Nideggen, im Februar 2020

Eine fast wahre Geschichte

1. April

Heute habe ich das Angebot der Firma Rohrfrei GmbH über eine Dichtheitsprüfung meines Abwasserkanals erhalten: 500 Euro. Merkwürdig – das war exakt der Betrag, der in der Androhung der Stadt über ein Ordnungsgeld stand und genau der gleiche, den mein Nachbar zwei Jahre zuvor gezahlt hatte. Wie kamen solche Beträge zustande? Mein Nachbar hatte es eigentlich noch gut getroffen. Seine Leitungen verliefen unter der Kellerdecke und mussten nur über die acht Meter von seiner Hauswand bis in den öffentlichen Kanal geprüft und saniert werden. Das war überschaubar. Die 4.000 Euro hatten ihn zwar den Familienurlaub gekostet. Seine gewonnene Freizeit konnte er dann aber gut nutzen, um hernach seinen Vorgarten anzulegen, seine Auffahrt in Eigenleistung neu zu pflastern und den Stellplatz für sein Auto wieder in Ordnung zu bringen. Nachher sah dann alles viel schöner aus als vorher und er konnte zu recht stolz sein.

Die Nachbarin auf der anderen Seite hatte die Sache noch schneller hinter sich gebracht. Sie war als Witwe mit Kleinstrente mittellos, bis auf das alte Haus in dem sie lebte, mit maroden Tonrohren unter ihrer Kellersohle aus gestampftem Lehm Boden. Sie hatte der Stadt einfach mitgeteilt, dass sie weder Prüfung noch Sanierung und erst recht kein Ordnungsgeld zahlen könne und würde. Merkwürdigerweise meldete sich die Stadt daraufhin nie wieder bei ihr. Vielleicht gingen ja Grundwassergefährdung und Fremdwassereintrag nur von wohlhabenden Hausbesitzern aus.

aus alten Bruchsteinen der Umgebung gebaut. Holz stapelt sich hoch hinter dem Haus. Die Nachbarn sprechen Deutsch, sogar im vertrauten Dialekt der westlichen Eifel. Einen öffentlichen Kanal gibt es nicht, eine Prüfungspflicht schon gar nicht – da habe ich mich beim Bürgermeister persönlich erkundigt. So etwas stört hier niemanden – auch nicht die Sickergrube hinter dem Haus, die ich irgendwann einmal ersetzen werde durch eine Kleinkläranlage, sobald ich das finanzielle Desaster des letzten Jahres überwunden habe. Hier lässt es sich leben und auch in zwanzig Jahren würde uns hier niemand den Boden unter den Füßen wegziehen.

Es hätte schlimmer sein können. Wir sind noch einmal davongekommen und haben Glück gehabt



Übrigens ...

Abbildung 1: Achtung! Satire: Grüner Apfel im Goldrausch mit Sonnenbrille und Zigarre

Die wahre Geschichte

Davon steht nichts in der Bibel.

Ich bin ein unpolitischer Mensch. Ich wähle taktisch, nicht aus besonderer Verbundenheit zu einer Partei. Wenn ich CDU oder SPD will, aber ohne GRÜNE oder LINKE, dann wähle ich FDP. Wenn die mir alle nicht so recht passen, wähle ich gerne auch Protest. Zur Wahl des Landrats habe ich einmal „Snoobie“ auf dem Wahlzettel ergänzt und angekreuzt. Das Wahlprogramm interessiert mich eher nicht. Was zählt, ist das, was hinten rauskommt, und damit meine ich die Taten. „Worte sind Schall und Rauch“ und „Papier ist geduldig“ – an solchen Plattheiten ist durchaus etwas dran.

Im Übrigen war ich immer der beruhigenden Überzeugung, dass die da oben schon irgendwie vernünftig regieren, von wenigen Ausreißern abgesehen – jedenfalls im statistischen Mittel. Und sollte einmal etwas wirklich schief-laufen, würde sich sicher irgendwer rühren und dagegen vorgehen. Schließlich gibt es eine unabhängige Presse und dutzende Organisationen, die vorgeben, für das Wohl der Gemeinschaft zu arbeiten. Irgendeine davon wird es schon richten. Deshalb muss ich mich nicht aufregen oder irgendwo engagieren. Ich darf folgenlos bei Freunden und Kollegen meine überlegene Gelassenheit herabhängen, während ich darauf baue, dass andere die Kastanien aus dem Feuer holen. Außerdem kann ich mir so manchen Mist, der doch noch durchschlüpft und dem ich nicht ausweichen kann, finanziell durchaus leisten. Steigende Strompreise und höhere Gebühren sind ärgerlich. Dafür gehe ich aber sicher nicht auf die Straße. Würde ich mich engagieren, gäbe das nur Ärger. Ich hätte die Arbeit und andere profitieren gegebenenfalls. Sollen sich die doch kümmern, die vielleicht stärker von dem jeweiligen Mist betroffen sind.

Wenn man also tausende Fehlentscheidungen der Politik zusammenwirft, dann sollte das bei funktionierenden gesellschaftlichen Korrekturmechanismen im Durchschnitt leidlich passen. Dass aber trotz allem auch dieser Mittelwert und das, was letztendlich hinten rauskommt, extreme Tendenzen widerspiegelt, im Ergebnis eben nicht einmal annähernd passt und sogar existenzgefährdend sein kann, hätte ich nie für möglich gehalten.

Regeln sind auch erst einmal Papier, das irgendwo rumliegt, die jeweils einige Leute kennen und nur wenige verstehen. Mindestens eine halbe Million Vorschriften gibt es geschätzt – Gesetze, Rechtsverordnungen, Anweisungen von EU, Bund, Land, Kommune. Die kann niemand kennen. Und selbst wenn man sie liest, versteht ein normaler Mensch nur Bahnhof. Selbst Juristen verstehen nicht eindeutig, was da steht. Sonst müssten sich nicht ständig

Gerichte mit deren Auslegung befassen. Ich scheitere schon am Aufsagen der Zehn Gebote. Meine Frau kriegt die auch nicht zusammen, geschweige denn die tausenden Regeln, die von der halben Million uns möglicherweise betreffen. Aber zumindest verstehen wir den Sinn hinter den Zehn Geboten, wenn wir unsere Bibel finden, oder andernfalls einfach in der Wikipedia nachschlagen. Nur Regeln, die man kennt und versteht, kann man auch befolgen.

Ich muss mich damit abfinden, dass ich unwissentlich ständig irgendwelche Regeln verletze. Das ist normal und kein wirkliches Problem, solange nicht irgendjemand arrogant belehrend daherkommt „Das hätten sie doch wissen müssen!“ und drakonische Folgen androht, oder gleich Strafen verhängt. Und kritisch wird es erst, wenn Behörden auf den Gedanken verfallen, sinnlose Regeln, die aus gutem Grund ignoriert wurden, rücksichtslos gegen die Bürger durchzusetzen, anstatt auf die naheliegendere Idee zu kommen, sie zu überdenken und zu streichen. Von Dichtheitsprüfung steht nichts in der Bibel. Ich hatte bis Anfang 2010 davon noch nie gehört.

Hoppla – das könnte wichtig sein!

Wichtige Mitteilung


Mittwochs kommt immer ein kostenloses Wochenblatt mit Nachrichten aus der Region. Diesmal ist eine behördliche Information eingelegt. „WICHTIGE MITTEILUNG“ steht unter dem Logo der Stadt. Ich überfliege das beim Frühstück nur kurz, lese irgendetwas von „Häuser vor 1965“ und lege es wieder weg – geht mich ja nichts an, denke ich noch. Dann nehme ich unsere Tageszeitung zur Hand. Carnevalsumzug am Sonntag – aha, neuer Frisör im Dorf – vielleicht probiere ich den einmal aus, Kanalprüfung zu Sonderkonditionen bis Monatsende. Das Radio läuft wie jeden Morgen auf SWR3. Die Verkehrslage auf der A3 ist die für mich interessanteste Nachricht – Mist! – Schneefall zwischen Koblenz und Dernbach, wieder einmal Stau zwischen Bad Camberg und Idstein, fünf Kilometer bei steigender Tendenz – na ja, nichts zu machen, da muss ich durch. Jetzt schnell rasieren, Krawatte anlegen, Anzugjacke ins Auto, Tasche prüfen – Laptop, Handy o.k. –, Koffer ist schon gepackt und dann die 235 km ab nach Frankfurt, wo ich um zehn Uhr erwartet werde. Mittwochs findet immer unser Team Meeting statt, bei dem wir uns untereinander abstimmen. Da kommen Kollegen aus unterschiedlichsten Unternehmensbereichen in ganz Deutschland zusammen, die jeweils für denselben Großkunden arbeiten.

Obwohl ich viel unterwegs bin, lässt mir der Beruf nach Feierabend mehr Raum als früher, den ich abends im Hotel für persönliche Interessen nutze, derzeit vor allem eigene Forschungen, naturwissenschaftliche Recherchen, mathematische Modelle.


Zwei Tage später bin ich wieder zu Hause. Abends gehe ich nochmal mein Manuskript für ein Buch durch, das ich demnächst veröffentlichen möchte. „Bewusstsein, Zeit und Symmetrien“ ist der Titel und darin habe ich all das zusammengefasst, was ich mir in den letzten Jahren über die tiefliegenden Ursachen intelligenten Handelns erarbeitet habe.

Das Frühstück am Samstag verläuft gemütlich in entspannter Atmosphäre. Frisch gebrühter Kaffee steht auf dem Tisch. Meine Frau hat Brötchen geholt. Vielversprechende Düfte durchziehen Küche und Diele. Ich versuche einen Schluck Kaffee – ist noch zu heiß – und bestreiche mein Wurstbrot dünn mit Monschauer Senf. So lässt es sich leben. Nebenher schlage ich die Lokalzeitung auf, die heute wieder besonders dick ausfällt, auch wegen der Werbung. Aufwendige Anzeigen zur Kanalprüfung fallen mir ins Auge – was war das doch gleich?


Das Einlegeblatt der Stadt liegt noch auf dem Tisch. Das hätte man doch mit der ganzen Werbung ins Altpapier entsorgen können. Aber inzwischen hat meine Frau das sorgfältiger gelesen als ich und hakt nach, ob wir da was unternehmen müssen. „Das war doch nur was für alte Häuser“ fällt mir noch



STADT NIDEGGEN



Die Bürgermeisterin



WICHTIGE MITTEILUNG!

Dichtigkeitsprüfungen der privaten Abwassergrundleitungen

Der Gesetzgeber hat im § 61a des Landeswassergesetzes festgelegt, dass Hausbesitzer die Grundleitungen ihrer Abwasseranlagen von einem Sachkundigen auf Dichtigkeit zu prüfen haben. Hierzu zählen auch der private Kanalhausanschluss, sowie alle Grundleitungen, die zur Ableitung von Abwässern dienen.

Was muss getan werden und wer muss es tun?
 Folglich müssen **alle Hausbesitzer** ihre Grundleitungen unterhalb und innerhalb von ihren Gebäuden bis zur öffentlichen Sammelleitung in der Straße **untersuchen** und im ungünstigsten Fall **sanieren lassen**. Zur privaten Abwasseranlage zählt laut Entwässerungssatzung der Stadt Nideggen auch der Anschlussstutzen. Grundleitungen, die in Gebieten mit einer sog. Trennkanaalisation liegen und ausschließlich Regenwasser führen, sind von der Untersuchungsverpflichtung ausgenommen.

Bis wann muss es getan werden?
 Diese Prüfungen sollen flächendeckend bis zum **31. Dezember 2015** abgeschlossen sein und spätestens alle 20 Jahre wiederholt werden.
 Für Abwasserleitungen in Wasserschutzgebieten muss die Stadt Nideggen durch eine entsprechende Satzung einen kürzeren Untersuchungszeitraum festlegen.
 Dies betrifft insbesondere Grundleitungen, von denen

- 1.) häusliches Abwasser abgeteilt wird und vor dem **01. Jan. 1965** errichtet wurden,
- 2.) industrielles oder gewerbliches Abwasser

zur Fortleitung dienen.
 Über das Ergebnis der Dichtigkeitsprüfung ist der Stadt Nideggen eine aussagekräftige Bescheinigung vorzulegen.

Vor unerfahrenen Firmen wurde bereits an anderer Stelle gewarnt, die eine Untersuchung mittels Kameraabfahmung zu voreinander günstigen Konditionen angeboten hatten. Jedoch lässt sich leicht vorstellen, dass sich eine Dichtigkeit des privaten Kanals nicht mit einer Kameraabfahmung nachweisen lässt. Hierzu bedarf es schon eines gewissen Mehraufwands in Form einer Druckprüfung, die nach vorgegebenen Kriterien zu erfolgen hat.
 Daher wird an dieser Stelle nochmals vor „Schnellschüssen“ gewarnt, die nur unnötig Geld kosten und nichts einbringen. Schnell werden für eine Untersuchung 500 und mehr Euro fällig. Die Instandsetzung einer festgestellten und nachgewiesenen Undichtigkeit kann um ein Vielfaches höher liegen. Oftmals müssen nicht nur Kellerböden, sondern auch Grundstücksteile, sowie die Straßen aufgerodert und wiedervergestellt werden. Aus Erfahrungen anderer Kommunen weiß man, dass gerade bei Altbeständen mehr als 80 % der Grundleitungen undicht sind und saniert werden müssen.

Wie geht es weiter?
 Die Stadt Nideggen wird in Zusammenarbeit mit den anderen Kommunen im Sockkreis die weitere Verfahrensweise entwickeln.
 Die Hausbesitzer werden kontinuierlich und zeitnah unterrichtet.

Nideggen, im Februar 2010

Abbildung 1: Mit dieser Beilage fing alles an.

ein. „Dann lies das bitte noch mal richtig!“, fordert sie mich auf. Ich bin erst einmal verblüfft und lege die Zeitung beiseite. Sie hat recht. Da steht, dass bis 2015 alle Ableitungen in NRW zu zertifizieren seien – also auch unsere. Ich spüle den ersten Schrecken mit einem guten Schluck Kaffee herunter.

Da ich handwerklich nicht unbegabt bin und über ein solides technisches Verständnis verfüge, ist mir klar, dass so etwas bei uns nicht einfach wird. Wir haben erst von wenigen Jahren hier neu gebaut. Wozu soll ich jetzt die Abflussleitungen prüfen lassen? Die amtliche Bemerkung mit den aufgebrochenen Straßen, Grundstücksteilen und Kellerböden macht mich jetzt richtig unruhig. Eigentlich interessiere ich mich überhaupt nicht für so etwas. Mich beschäftigen normalerweise ganz andere Fragen. Dem meisten behördlichen Unsinn kann man ja tatsächlich ausweichen, indem man einfach nichts tut. Aussitzen kann ich gut. Trotzdem geht mir die versteckte Drohung in der „wichtigen Mitteilung“ nicht mehr aus dem Sinn.

Aber heute stehen noch andere Dinge an und sorgen für Ablenkung. Ein Handwerker kommt vorbei. Wir sprechen über ein Angebot zum Ausbau eines Raums im Keller. Der ist als einfache Abstellfläche viel zu schade. Ich zeige ihm meine Pläne und Skizzen. Das wird jetzt länger als ein paar Tage dauern und der Spaß wird wohl deutlich teurer als erwartet. Mal sehen, ob ich mir das leisten kann und will. Die drohende Dichtheitsprüfung ist für den Augenblick in den Hintergrund gedrängt.

Eigentlich schlafe ich nachts sehr gut. Aber das Ganze geht mir nicht aus dem Kopf und verursacht den ersten Albtraum. Ich sehe schon eine persönliche Katastrophe heraufziehen. Das darf ja wohl nicht wahr sein! Dabei mache ich mir erstmals Gedanken darüber, was denn das konkret für uns bedeuten könnte. Klar, mit Glück würde eine Druckprüfung bestanden und alles wäre gelaufen – keine Aufregung also.

Aber die Details sind mir unklar, sobald ich darüber nachdenke. Wenn im Abwassersystem ein Überdruck aufgebaut werden soll, sind ja wohl alle Abflüsse im ganzen Haus abzudichten. Ich halte das für nahezu unmöglich oder nur mit extremem Aufwand machbar. Da gibt es Waschbecken-, Dusch-, Badewannen-, Bodenabläufe, und auch noch Belüftungsrohre zum Dach hin. Hat sich dazu überhaupt schon jemand ernsthaft Gedanken gemacht? Und da war noch die obligatorische Befahrung mit der Kamera und genaue Vermessung der Kanalrohre. Wie sollte das gehen, bei meinen weit verzweigten Grundleitungen unter der Kellerbodenplatte? Profis können vieles, aber sicher nicht zaubern und die Kanalkameras, soviel hatte ich inzwischen in Erfahrung gebracht, tun sich schwer mit jeder Abzweigung. Ich habe gleich ein Dutzend davon im Erdreich und außerdem keinen Revisionschacht – nur eine Rückstauklappe im Abstellraum. Um an jedes Rohr ran zu kommen, würden die schon für die Prüfung tatsächlich hacken müssen – durch Fliesen, Estrich, Fußbodenheizung, Dämmung, Stahlbeton, Isolierung. Das wäre

wohl nie mehr richtig instand zu setzen. An die genannten fünfhundert Euro könnte ich locker eine Null anhängen und wäre noch sehr gut dabei weggekommen, ganz zu schweigen von dem persönlichen Stress und der damit verbundenen Belastung für meine ganze Familie.

Was tun? Erst einmal fühle ich mich hilflos der Situation ausgeliefert. Bisher konnte ich mich darauf verlassen, dass sinnlose oder praxisferne Vorschriften im Zweifel nicht durchgesetzt werden. Sollte das doch einmal vorkommen, kann ich mich gegebenenfalls auf intellektuelle Defizite berufen, Reue und redliches Bemühen kundtun und zur Nachschulung kostenlose Wochenendseminare nachfragen. „Versteh ich nicht“ und endlos erklären lassen geht im Zweifel immer besser durch als „Mach ich nicht!“. Manches Problem verschwindet dann von selbst und man muss sich nur noch mit den verbliebenen befassen, wo dann tatsächlich Ultimaten gestellt und Kontrollen glaubhaft angedroht werden. Bei den begrenzten Ressourcen der Behörden ist so etwas regelmäßig nur für einen kleinen Bruchteil von Vorschriften umsetzbar. Nun ist dieser in meinem Weltbild nicht vorhergesehene Fall offensichtlich eingetreten und ich habe keinen Notfallplan dafür in der Schublade.

Welche Möglichkeiten zur Gegenwehr kann ich überhaupt nutzen? Bei der Stadt vorzusprechen, mich dort zu beschweren, erscheint mir wenig erfolgversprechend. Schließlich steht ein Gesetz im Raum, dem zu folgen ist. Die Antworten auf eine Eingabe kann ich mir jetzt schon vorstellen. Auf Landesebene habe ich erst recht keine Chance. Da bin ich einer unter Millionen. Die Arbeit kann ich mir wohl sparen. Ich denke schon über einen Betrug nach, ein totes Rohr nur für die Prüfung zu verlegen. Wer soll schon von innen erkennen, ob das eine echte Abwasserleitung ist. Im Detail ist das aber nicht so einfach oder ebenfalls extrem aufwendig – keine gangbare Taktik also, diesem Mist aus dem Weg zu gehen. Vielleicht finde ich einen Prüfer, der, für sagen wir fünftausend Euro bar auf die Hand, eine positive Prüfbescheinigung ausstellt, mit Videomaterial von irgendeinem bereits als dicht zertifizierten Kanal. Leider kenne ich keinen Sachkundigen, dem ich wagen könnte, ein solches Angebot zu unterbreiten. Also auch kein sicherer Ausweg.

Aber irgendjemand wird sich doch bestimmt schon wehren, vielleicht sogar eine Partei, eine Verbraucherorganisation, Haus und Grund, Sozialverbände, der Bund der Steuerzahler, eine Bürgerinitiative. Die sollte das doch sicher interessieren. Ich kann doch wohl nicht der Einzige in NRW sein, der die Bedrohung als solche erkennt.

Erst einmal bemühe ich Google. Der Sonntagnachmittag ist gelaufen, meine Frau verärgert, meine Kinder fühlen sich vernachlässigt. Die ersten Recherchen, unterschiedlichste Suchbegriffe – ich kann machen, was ich will. Nichts als Jubeleinträge haben sie zutage gefördert, vor allem Angebote von Kanalunternehmen, Ratschläge für eine möglichst frühzeitige Prüfung „Es

Die Sache nimmt Fahrt auf.

Bunkermentalität

Am Neujahrstag 2011 hat leichtes Tauwetter den Schneemassen noch nicht viel anhaben können. Nicht einmal in meinen Garten kann ich gehen, ohne eine Schaufel in die Hand zu nehmen.

Die Situation in Sachen Dichtheitsprüfung scheint verfahren. Nichts kann dieses politische Schlachtschiff vom Kurs abbringen oder gar zum Einhalten oder zur Umkehr veranlassen. Widerstand scheint ein Kampf gegen Windmühlen, gegen den der eines Don Quijote ein Dreck ist. Das liegt wohl auch daran, dass Windmühlen heute um ein Vielfaches größer sind als damals.

Bis jetzt haben wir nicht einmal eine nennenswerte Öffentlichkeit herstellen können. In Relation zu Millionen betroffener Bürgern in NRW sind wir eine verschwindende Minderheit. Die weitaus Meisten wissen nicht einmal, was da auf sie zukommt. Andere wollen einfach nicht glauben, was einige schon erfahren mussten. Früher hätte ich wohl auch so gedacht, bevor ich wusste, wie schlimm das tatsächlich werden kann. Wenn wenigstens die Presse kritisch berichten würde, wäre schon viel gewonnen. Aber weit gefehlt – die sind unisono auf der Seite der Landespolitik, beschwichtigen, beschönigen, beschwören in unzähligen Artikeln die vermeintlichen Umweltgefahren, den Trinkwasserschutz, wiederholen Totschlagargumente – Diskussion unerwünscht. Mein früheres Grundvertrauen in die Sachbezogenheit von Politik und die Rolle der Presse als deren kritischer Beobachter ist inzwischen irreparabel zerstört. Da sind überall Interessen im Spiel, die ich nicht durchschaue und die mich früher auch nie interessiert haben. Unangemessenen Resultaten aus solchem Gemauschel konnte ich bisher immer mehr oder weniger elegant ausweichen.

Ich verstehe nichts von Netzwerken, aber hier funktionieren die zweifellos hervorragend zum Schaden der Bürger. Über deren Art kann ich nur spekulieren. Fritz scheint sich da viel besser auszukennen. Er nennt manchmal Namen von Leuten, die in dem Spiel auf der Gegenseite hochrangig mitmischen, die bestimmte persönliche Interessen verfolgen und politische Entscheidungen beeinflussen. Er diskutiert mit solchen Personen bis tief in die Sachebene hinein. Geholfen hat es offenbar wenig. Ich kann solche Informationen nicht einordnen und auch nicht sinnvoll für meine Aktionen verwenden. Deshalb vergesse ich die meisten dieser Fakten einfach nach kurzer Zeit wieder.

Ich setze weiter auf Beharrlichkeit und Emotionen. Ich will die Schwachstellen der Regelungen deutlich herausstellen, sodass sehr viele Mitstreiter immer wieder in immer die gleichen Kerben schlagen, ohne sich nutzlos auf

Nebenkriegsschauplätzen zu verzetteln. Steter Tropfen höhlt den Stein und die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt – Plattitüden mit wahren Kern. So nutze ich die Zeit für eine ausführliche Stellungnahme auf die Antwort unseres Ratsmitglieds der GRÜNEN-nahen Wählergruppe der „UNABHÄNGIGEN“ als offenen Brief mit allen nötigen Quellenangaben – man hat ja sonst nichts zu tun am Neujahrstag:

Betreff: Re: PM_20.12.2010_Dichtigkeitsprüfung

01.01.2011 12:36

Sehr geehrter Herr Klöcker,
danke für Ihre Nachricht. Nur geht die Argumentation an der eigentlichen Kritik vorbei. Es geht hier um ein Mammutprojekt, das genauso wie das in Stuttgart ohne jede Öffentlichkeit in politischen Zirkeln zusammen mit Experten auf den Weg gebracht wurde, die bei ihrer Beratung regelmäßig auch eigene Interessen vertreten. Jedes einzelne der Argumente für die flächendeckende Dichtheitsprüfung ist angreifbar. Nicht umsonst hat Niedersachsen die Sache schon gestoppt, andere Länder das Vorgehen deutlich entschärft.

1) Grundwassergefährdung: Studien wie die der Universität Karlsruhe zeigen, dass eine Grundwassergefährdung allenfalls in wenigen Fällen bestehen kann. Natürlich muss dann saniert werden, wenn in besonderen Gefährdungsgebieten funktional eine erhebliche Undichtigkeit besteht.

2) Fremdwassereintrag: Hier handelt es sich nicht um ein Umweltproblem, sondern ausschließlich ein Problem der Kostenbelastung von Klärbetrieben an die Kommunen. Das muss kaufmännisch gelöst werden. Im Übrigen handelt es sich überwiegend um Fixkosten, die die Klärwerke auf die eingebrachten Mengen umlegen. Wenn die Kommunen weniger Abwasser einbringen, steigt notwendigerweise der Preis je cbm, hätte also in Summe keinen nennenswerten Effekt.

3) geringe Kosten: Genannt werden wenige hundert Euro je Haushalt für die Prüfung. Alle Beispiele, die mir vorliegen, kommen auf mehrere tausend Euro, was für jeden leicht nachvollziehbar ist, der schon einmal wegen einer Verstopfung den Installateur gerufen hat.

4) bis zu 90% der Hausanschlüsse sind undicht: Wieder ein Beispiel aus Niederzier: von ca. 50 Anschlüssen der Köttenicher Straße musste nach Auskunft eines Anwohners keiner saniert werden. Wer statistische Methoden beherrscht, kann leicht nachrechnen, dass damit nur eine Schadquote im kleinen einstelligen Prozentbereich verträglich ist. Keinesfalls bei noch so pessimistischer Deutung der Zahlen kommen nur annähernd die in der Presse genannten zustände. Dann aber wären die Zwangsmaßnahmen mit enormer Kostenbelastung erst recht weit jenseits jeder Verhältnismäßigkeit.

Nun zu den vorgeschriebenen Prüfverfahren:

1) Druckprüfung:

Eine Abwassergrundleitung ist im Betrieb nur im unteren Bereich über wenige Zentimeter benetzt. Nur dort muss sie für im Gefälle abfließendes Wasser dicht sein.

Damit ist sie grob vergleichbar mit den Anforderungen für ein Ziegeldach, das gegen abfließendes Regenwasser dicht sein muss, keinesfalls gegen Druckbelastung. Ausnahmen können nur in extrem seltenen Fällen gelten, wo die Leitung unterhalb des Grundwasserspiegels verläuft. Nur eine drucklose Durchflussprüfung ist ein akzeptables Kriterium.

2) Hochdruckreinigung mit bis zu 210 bar

Studien und Expertenberichte zeigen, dass hier ein enormes Schadenpotential für NRW besteht. Schon bei 80 bar können danach Rohre und Dichtungen beschädigt werden. In vielen Fällen wird die Prüfung den Sanierungsfall erst herstellen. Das ist vollkommen inakzeptabel, selbst wenn es sich um seltene Fälle handelt.

3) Kamerafahrten: ... sind ohne vorhergehende Reinigung sinnlos

Dieses und noch mehr auf der Internetseite. Die Gesamtkosten für NRW können leicht einen dreistelligen Milliardenbetrag erreichen – und das ohne der Umwelt nennenswert zu nutzen!

Halten Sie das für vernünftig?

Ich wünsche Ihnen ein Frohes Neues Jahr mit hoffentlich guten Nachrichten für die Bürger in NRW.

Werner S. Genreith

Neben vielen anderen steht auch Fritz auf dem Verteiler. Er schreibt zwei Tage später „*Ihre Argumentation ist exzellent.*“ – für mich das Highlight des Abends. Ich denke, er ahnt nicht, was er mit solch kurzen Statements bewirkt. Im Laufe der nächsten Tage weist Fritz mich noch auf das Pilotprojekt in Billerbeck aus den Jahren bis 2006 hin. Die Prüf- und Sanierungskosten dort bewegten sich zwischen 2.000 und 27.000 Euro, im Mittel 12.500 Euro. Die durchgeführten Maßnahmen waren wirklich krass bis hin zur Stilllegung aller Abflüsse der unteren Etage und Führung der Verrohrung unter der Decke und betrafen dort alle 113 Anlagen. Das zeigt mir, dass meine Befürchtungen sicherlich nicht aus der Luft gegriffen sind und die Drohkulisse absolut real ist. Solche Fakten landen unverzüglich – geeignet kommentiert – auf meinem Internetauftritt.

Die ersten Tage nach meinem Urlaub kann ich noch von zu Hause arbeiten. Dank Internet und Telefon ist das kein Problem. Außerdem habe ich dazu ein separates Büro im Keller, sodass Störungen nicht zu befürchten sind. Hausgeräusche am Telefon wirken unprofessionell. Irgendwann sind dann auch die Straßen aus der Eifel heraus normal befahrbar, sodass Frankfurt wieder für mich erreichbar ist.

Nebenher erledige ich meine Alles-dicht-Post. Eine weitere Reaktion auf meine Mail klingt vielversprechend. Die im Stadtrat gut vertretene freie Wählergemeinschaft „Menschen für Nideggen“ (MfN) stellt mir ihre Unterstützung in Aussicht:

Dichtigkeitsprüfung

06.01.2011 11:33

Sehr geehrter Herr Genreith,
ich danke Ihnen für Ihre sehr aufschlussreiche Information zur Durchführung von Dichtigkeitsprüfungen und freue mich über Ihre Initiative, die im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger ist.
[...]

Die lassen der Ankündigung auch gleich Taten folgen und spielen mir wenige Tage später ein Angebot an die Stadt zu, aus dem hervorgeht, dass Nideggen und zwölf weitere umliegende Kommunen viel Geld in die Hand nehmen wollen für ein Marketingkonzept, das den Bürgern die anstehenden Maßnahmen schmackhaft machen soll. Tolle Idee: Wenn die Scheiße richtig zu stinken beginnt, schlägt man sie einfach in ein hübsches Papier ein, mit einer rosa Schleife darauf. Weitere Reaktionen aus dem Verteiler meiner Antwort erfolgen nicht.

Die Besucherzahlen gehen langsam aber sicher nach oben. Inzwischen sind die monatlichen Werte regelmäßig schon vierstellig. Das ist sehr viel in Relation zu meinen sonstigen Hobby-Auftritten, die es nur auf einige Dutzend, vielleicht einmal hundert Sitzungen bringen. Absolut gesehen ist das immer noch lächerlich gering, selbst im Vergleich zur Reichweite eines einzelnen Artikels in der Lokalpresse. Wenn ich in Ruhe darüber nachdenke, ist das Unterfangen hoffnungslos und ich sollte meine Zeit besser investieren.

Aber ich bin nicht ruhig, ich will auch nicht vernünftig sein und die Initiative beginnt in gewissem Sinne Spaß zu machen, eine Art Experiment und so etwas liebe ich. Ich erziele damit sichtbare Wirkung in Form von Rückläufern auf Anschreiben, Anfragen besorgter Bürger, Trefferplatzierung in Suchmaschinen, gelegentlichen Dankeschreiben, Referenzierungen in Leserbriefen diverser Blätter landesweit, in Kommentaren, lokalen Internetauftritten, die teilweise ganze Texte von meiner Seite kopieren, was ich ausdrücklich gutheiße. Ich bin nicht sicher, aber diese Multiplikatoren erweitern meine Reichweite enorm. Ich vermute das zumindest und hoffe, dass das stimmt. Belastbare Zahlen dazu habe ich nicht.

Ich denke, es spielt keine Rolle, ob ich als Person irgendwo auftrete. Sicher – hätte ich das Rednertalent dazu, wäre das eine Überlegung wert. So aber ist meine Zeit besser im Hintergrund investiert. Selbst wenn ich auf einer Versammlung mitreißend sprechen würde, könnte ich mit hohem Zeitaufwand und Kosten für Organisation, Vorbereitung, Anfahrt vielleicht einige Dutzend Menschen mitnehmen. Im Internet erreichen meine Argumente ohne all das jetzt schon Tausende und das werden sicher noch viel mehr, da die Werbung für meine Seite bereits ein Selbstläufer ist.

Von den Mitstreitern habe ich bis jetzt noch niemanden persönlich getroffen und kennengelernt. Nideggen liegt halt weit ab von den Zentren des Protes-tes in Ostwestfalen-Lippe (OWL) und hier in der Eifel scheint das noch nie-

manden wirklich zu interessieren. Nur vereinzelt höre ich von teuren Sanierungen, die zu örtlichen Protesten führen, aber es kaum in die Lokalteile der Tagespresse schaffen. Aber das stört mich eigentlich nicht. Wichtig ist vor allem, dass mein Internetauftritt aktuell und interessant bleibt, die Problematik klar verständlich vermittelt und eindeutige Forderungen formuliert. Darauf kann ich mich konzentrieren und meinen Arbeitsaufwand in Grenzen halten.

Aber ich bin in solchen Dingen Perfektionist. Mit der Gestaltung des Auftritts bin ich nie wirklich zufrieden. Anregungen dazu nehme ich gerne auf, aber ich entscheide, was und in welcher Form es dort erscheint. So kann ich schnell reagieren ohne mich abstimmen zu müssen. Eigene Recherchen brauche ich kaum noch durchzuführen. Viele Kontakte landesweit füttern mich meist per E-Mail mit aktuellen Themen, die ich allerdings etwas mühsam per Hand in meine nach wie vor statische Webseite einpflege. Irgendwann werde ich das ändern müssen. Dazu wäre allerdings ein Wechsel meines derzeitigen Internet-Providers nötig und außerdem scheue ich noch die notwendige Einarbeitung.

Am 14. Januar schreibe ich erstmals an die neue Ministerpräsidentin. Inzwischen nicht mehr ganz so frisch im Amt sollte sie mit den wichtigsten Themen vertraut sein.

14.01.2011

Sehr geehrte Frau Kraft,

leider gibt es in der Frage der Dichtheitsprüfung bislang kaum Signale, die auf eine Entschärfung der für Ihre Bürger unerträglichen Belastungen hinweisen. Eine Fristverlängerung nimmt den Protesten zwar die Dringlichkeit, hilft letztendlich aber nicht aus der Misere.

[...]

Und vergessen Sie bitte nicht, dass die Belastungen nicht nur die wenigen als wohlhabend angeklagten Hauseigentümer treffen, die das vermeintlich aus der Portokasse bestreiten. Letztendlich sind in viel höherer Zahl Rentner, Witwen, unter Zinslasten ächzende junge Familien und letztlich natürlich auch alle Mieter betroffen.

[...]

Unsere Forderungen an die Politik sind

1. Die flächendeckende Dichtigkeitsprüfung wird ausgesetzt. Nur bei Verdacht in Gefährdungsgebieten ist in der Regel eine drucklose Prüfung – vorrangig eine Durchflussprüfung – durchzuführen.

2. In diesen Ausnahmefällen ist die Dichtheitsprüfung und Sanierung der privaten Abwassergrundleitungen nur zusammen mit einer gleichzeitigen Prüfung der öffentlichen Kanäle vor dem jeweiligen Grundstück durchzuführen. Nach übereinstimmender Ansicht von Fachleuten macht es keinen Sinn, nur eine Seite zu prüfen und zu sanieren. Die Verhältnismäßigkeit zwischen dem Aufwand einer Maßnahme und ihrem Nutzen für die Umwelt muss in jedem einzelnen Fall gewahrt sein.

3. Die starre Fristsetzung mit Strafandrohung muss vom Tisch. Die Initiative für die

Maßnahme muss von der Gemeinde ausgehen und immer im Zusammenhang mit der Prüfung der öffentlichen Kanäle stehen.

Ich wünsche Ihnen und Ihrer Regierung ein erfolgreiches Jahr 2011 mit hoffentlich guten Nachrichten für die Bürger in NRW und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Nach den bisherigen Erfahrungen verspreche ich mir davon nicht allzu viel. Aber vielleicht ist eine frisch gebackene Regierungschefin noch offen für Anregungen aus dem Volk. Dass sie das selbst liest, glaube ich allerdings nicht. Das landet eher bei einem Referenten, der ihr dann bestenfalls eine kurze mündliche Zusammenfassung liefert. Schon diese Vorstellung entspringt vermutlich ausschließlich meinem Wunsdenken. Aber auch diesen Text kann ich sicher noch wiederverwenden.

Der Januar verläuft ansonsten ruhig. Mein jüngster Sohn hat inzwischen den Weg zu uns gefunden, nachdem Busse und Bahnen auch wieder in die Eifel fahren. Das Manuskript meines zweiten Buches ist inzwischen fertig. Der Titel lautet „Funkenflug“. Nach reiflicher Überlegung entscheide ich, die Geschichte um Seele und Tod mit biografischen Anteilen unter einem Pseudonym zu veröffentlichen und komme nach einigem Experimentieren mit Buchstabenkombinationen aus meinem Klarnamen schließlich bei dem Anagramm „Friedegis Heintger“ an. Meine Frau findet den gut und ist auch inhaltlich einverstanden mit der Veröffentlichung. Auch „Bewusstsein, Zeit und Symmetrien“ habe ich überarbeitet, vor allem die grafische Gestaltung des Covers. Die zweite Version gebe ich zehn Tage später frei.

Soweit es meine beruflichen Aufgaben zulassen, arbeite ich wegen des anhaltenden Winterwetters mit immer neuen Schneefällen weiterhin von zu Hause aus. Da einige meiner Kollegen ähnliche Probleme haben, etwa von Stuttgart aus nach Frankfurt zu kommen, ist das akzeptiert und nicht ungewöhnlich. Nur zu einem Kundentermin muss ich dann doch einmal aufbrechen – wegen Schneetreibens sechs Stunden Fahrt hin und zurück für zwei Stunden Gespräch im IT-Bereich einer Frankfurter Großbank. Na ja – da führt kein Weg daran vorbei und Job ist Job.

Mein Brief an Hannelore Kraft wurde an das Umweltministerium weitergeleitet. Eine Ministerpräsidentin hat wohl Besseres zu tun, als sich mit solchen Nebensächlichkeiten aufzuhalten. Von dem grünen Umweltminister Johannes Remmel kann ich bestimmt keine konstruktive Antwort erwarten. So schicke ich den Brief mit einem kurzen Anschreiben jetzt an einige Landtagsabgeordnete der umliegenden Wahlkreise und als Blindkopie an einen größeren Verteiler, später dann noch an BILD, Kölner Stadtanzeiger und Haus und Grund. Mal sehen, ob sich daraufhin etwas tut. Alle meine Anschreiben stelle ich jeweils auch auf die Internetseite zum Download und ermutige zum Kopieren.

Die Verbände laufen Sturm.

Entspannung Nein Danke!

Der Jahresauftakt sollte eigentlich wieder ein erholsamer sein, so wie früher einmal. Es herrschen noch milde Temperaturen, Regen und Schneeregen – echtes Schmuddelwetter, bei dem niemand gerne vor die Türe geht. Das Silvesterfeuerwerk in der Nachbarschaft habe ich mir mit meiner Frau und meinem Sohn nur vom Fenster aus angesehen, die Neujahrsgrüße sind schon per Telefon an die Freunde gegangen, weitere per E-Mail an unsere Abwasserrunde. Einige Tage Urlaub habe ich noch, dann muss ich wieder auf die Autobahn.

Viele können den schnellen Erfolg noch nicht fassen. Aber noch ist nichts in trockenen Tüchern und Unruhe macht sich breit – auch bei mir. Ich hege da keine Illusionen. Es ist hier so, wie auch im Geschäftsleben: Ein Vertrag ist erst dann geschlossen, wenn die notwendigen Unterschriften darunter geleistet wurden. Bis dahin sind alle Schwüre, Zusagen, Absichtserklärungen nicht viel wert und können schnell zu Makulatur werden.

Der Brandbrief des VDRK zeigt, dass die Verbände jetzt hellwach sind und entschlossen, allen möglichen Einfluss geltend zu machen. Klagen werden angedroht, von Sanierern, die im Vertrauen auf die Politik investiert haben in Ausbildung und Gerät, von Hauseigentümern, die schon saniert haben.

Noch wird unter uns über den Gesetzentwurf von CDU/FDP diskutiert. Erfüllt der nun tatsächlich all unsere Forderungen? Sicher nicht zu hundert Prozent. Aber das war auch nicht zu erwarten. Barbara schließt sich der vorangegangenen positiven Stellungnahme zum Gesetzentwurf mit kurzen Worten an:

Hallo Siegfried,
hallo Klaus,
ich wünsche Euch auch ein frohes neues Jahr.

02.01.2012 12:32

Aus dem Aufschrei des VDRK (Siehe Gellrichs Mail) schließe ich, dass der Gesetzesentwurf in der vorliegenden Fassung vollkommen ausreichend ist. Die Beweislastumkehr reicht vollkommen aus. Ich würde da nichts mehr dran ändern. Das Papier sollte so schnell wie möglich durch den Landtag.

Das ist allerdings nur meine Meinung.
Viele Grüße Barbara

Dem ist wohl nichts mehr hinzuzufügen. Genauso sehe ich das auch. Trotzdem dürfen wir den Einfluss der Verbände nicht unterschätzen. Schließlich besteht das Gesetz noch unverändert fort, solange den Ankündigungen nicht die entsprechenden Taten des Gesetzgebers folgen. Bis dahin kann noch viel

passieren. Den Brief des VDRK können wir daher nicht unbeantwortet im Raum stehen lassen. Die trügerische Ruhe zum Jahreswechsel ist damit schon dahin. Am selben Abend noch nehme ich mir die Zeit zu einer Stellungnahme, die ich an den Kreis der Adressaten des VDRK-Schreibens schicke und in Kopie an unsere Runde:

Betreff: offener Brief des VDRK vom 20.12.2012

02.01.2012 19:57

Sehr geehrte Frau Akbayir,
sehr geehrter Herr Abruszat,
sehr geehrter Herr Markert,
sehr geehrter Herr Orgties,
sehr geehrter Herr Stinka,

bitte leiten Sie diese Stellungnahme auch an Mitglieder Ihrer Fraktionen im Landtag weiter.

Wie nicht anders zu erwarten war, laufen die Interessenverbände Sturm gegen die drohende Gesetzesnovellierung. Die jüngste offene Anfrage des VDRK vom 20.12.2011 (Verband der Rohr- und Kanal-Technik-Unternehmen e. V.) an die politisch Verantwortlichen im Landtag von NRW spricht – neben juristischen Drohgebärden – von Vertrauensbruch, davon, dass Bürger und Kommunen für dumm verkauft wurden. Es wird angeführt, dass Mitgliedsfirmen jetzt schon vor dem Ruin stünden und hunderte Arbeitsplätze gefährdet seien. Weiter wird gefragt, ob die Politik nun zulassen wolle, dass bis zu 80% undichte Hausanschlüsse das Grundwasser gefährden.

Zunächst einmal ist anzumerken, dass die Branche jahrelang die Politik in größter Weise falsch beraten hat. Die Gefahren durch privates Abwasser wurden von den Funktionären in inakzeptabler Weise konstruiert und aufgebauscht. Dabei haben Fachleute schon vor Jahren gewarnt, dass die geplanten Maßnahmen vollkommen überzogen seien und faktisch nichts bringen würden. Gehört wurden sie nicht und man ließ sie nicht öffentlich zu Wort kommen. Die Suppe, die die Branche jetzt auszulöffeln hat, haben die Interessenvertreter durch ihr rücksichtslos eigennütziges Vorgehen sich und ihren Kollegen selbst eingebrockt. Man hätte schließlich vorher schon mäßigend und mit neutralem Sachverstand warnend in die politischen Entscheidungsprozesse eingreifen können, die zu dem unsäglichem LWG 61A geführt haben.

Es bleibt festzustellen, dass defekte private Abwasserleitungen in der Tat keine nennenswerte Gefahr für unser Grundwasser darstellen. Das gilt um so mehr, wenn man die vielleicht im Einzelfall mögliche Belastung im Relation zu vielen anderen Schadstoffquellen bewertet.

Ein Kanal muss nicht dicht sein! „Dichtheit“ ist ein weiter Begriff, der hier nicht angemessen ist und der zu viele Interpretationen zulässt. Flächendeckend wirklich dichte Kanäle in NRW sind nicht erreichbar und eine Illusion. Ein privater Abwasserkanal darf das Grundwasser nicht gefährden und sollte betriebssicher sein, also im normalen Betrieb keine bedeutenden Abwasserausträge verursachen. Nur eine solche Forderung ist angemessen. Eine Druckprüfung, die keinerlei Rückschlüsse auf die

Dichtheit unter normalen Betriebsbedingungen erlaubt, kommt vermutlich zu den hohen Schadquoten, die in dem Schreiben des VDRK genannt werden. Eine Betriebszustandsprüfung, die nur den normalen Durchfluss betrachtet, wird weit überwiegend private Kanäle als „dicht“ bestätigen.

Viel zu wenig berücksichtigt wird zudem, dass vermutlich das Gesetz schon aus formalen Gründen verfassungswidrig ist.

Und dass Bürger und Kommunen für dumm verkauft wurden, darf man unwidersprochen so im Raum stehen lassen.

Bitte setzen Sie sich gegen den Druck der Interessenverbände für eine der Sache angemessene, bürgerfreundliche Novellierung des LWG 61A ein. Fehler sind oft nicht zu vermeiden und verzeihlich. Erkannte und begangene Fehler dürfen aber keinesfalls als Rechtfertigung dafür herangezogen werden, sie auch weiterhin begehen zu wollen. Unrecht darf Unrecht nicht rechtfertigen.

Mit freundlichen Grüßen Werner S. Genreith

Der Brief passt leider nicht auf eine Seite. Dafür denke ich, alle wichtigen Aspekte drin zu haben. Den Text stelle ich im wesentlichen gleichlautend auf meinen Alles-Dicht-Blog zu öffentlicher Kommentierung. Auch Karl-Udo traut dem vermeintlich schnellen Erfolg nicht. Er hatte wohl einen ähnlichen Gedanken und antwortet noch am selben Abend:

02.01.2012 22:30

Re: Stellungnahme auf die offene Anfrage des VDRK vom 20.12.2011

Super Reaktion!

war Gedankenübertragung: habe fast zeitgleich eine ähnliche pers. Stellungnahme an das Portal des VDRK zur Veröffentlichung gesendet – mal schau'n, ob sie's bringen?

Datei zur Info anbei.

Mit besten Grüßen & weiter kämpfen!!

Karl-Udo Priesmeier

Zur gleichen Zeit eskalieren wieder einmal Querelen unter uns Prüfungsgegnern. Ich habe weder die Zeit dazu, noch verspüre ich Lust darauf, da einzugreifen. Mails wie diese lese ich nur oberflächlich und versuche nicht einmal, den Hintergrund zu verstehen:

02.01.2012 21:59

[...] sehen wir uns hier in Löhne dazu gezwungen, diese Herren hochkant aus jeder Art von Bürgerinitiative heraus zu kegeln. Die Reihenfolge der "Unterbelichtung" ist eigentlich umgekehrt zu der Adressaten-Reihenfolge...

Mit freundlichen Grüßen [...]

Als mich diese Passage erreicht, muss ich erst einmal lachen. Ist das jetzt Satire? Trotzdem frage ich mich kopschüttelnd, weshalb das denn jetzt wieder sein muss. So etwas würde ich nicht einmal mündlich äußern, geschweige denn in schriftlicher Form. Die angesprochenen Mitstreiter – ich stehe

glücklicherweise nur auf Kopie – finden das deutlich weniger lustig als ich. Leider bleibt es in der Folge nicht bei diesem einen entgleisten Schriftwechsel, so, als hätten wir keine anderen Gegner mehr. Später kommt es sogar zu einer Beleidigungsklage. Da ist man sich offensichtlich in den Zielen nicht einig. Dass das so ist, wird wohl bei den unterschiedlichen Interessenlagen vor Ort nicht zu vermeiden sein. Wenn die unter dem Vorwand des Grundwasserschutzes auferlegte Prüfungspflicht aufgehoben würde, hätten wohl diejenigen Mitstreiter nicht viel gewonnen, die aufgrund einer (oft nur vorgeschobenen) Fremdwasserproblematik dann doch prüfen müssen. Dass die dann eher auf Erleichterungen in den Prüfverfahren hin arbeiten, anstatt auf die Maximalforderung zur Abschaffung des §61A, ist aus meiner Sicht nachvollziehbar.

Am nächsten Tag schon reagiert der VDRK auf den Blog-Eintrag von Karl-Udo mit einer Mail an mich und schreibt, man sei an den ursprünglichen Entscheidungen bei der Verabschiedung des Gesetzes in keiner Weise beteiligt gewesen:

WG: [Feedback] Entwicklung in NRW

03.01.2012 20:30

Sehr geehrte Damen und Herren,
haben Sie eventuell Verbindung zu Herrn Priesmeier?
Leider kann ich ihn unter der genannten Mailadresse nicht erreichen. Würden Sie meine Nachricht bitte an ihn weiterleiten?

Vielen Dank schon vorab.

Mit freundlichen Grüßen

[...]

Geschäftsführer

Verband der Rohr- und Kanal- Technik Unternehmen e. V.

[...]

Wir haben unsere Mitwirkung angeboten, die aber nicht angenommen wurde. § 61 a wurde rein politisch verabschiedet, meines Wissens ohne jegliche Beteiligung des Fachverbandes VDRK. Auch später wurde seitens der Politik und des Ministeriums eine gewisse Beratungsresistenz an den Tag gelegt. Wir wurden bis heute nicht an der Entwicklung beteiligt, trotz mehrfacher Nachfrage im Ministerium.

[...]

Unsere Unternehmen haben die Investitionen in Personal, Geräte, Maschinen und Fahrzeuge getätigt, um den betroffenen Grundstückseigentümern die Erfüllung der gesetzlichen Fristen zu ermöglichen. Sie konnten auf die Gesetzeslage vertrauen. Nur Nichtinformierte können von blinden Investitionen sprechen. Das ist schlicht und ergreifend falsch. Wie wäre es denn gewesen, wenn die Unternehmen nicht aufgerüstet hätten und es bei dem alten Stand geblieben wäre? Die Preise wären explodiert – siehe Wirkung von Angebot und Nachfrage – und es wäre auch falsch gewesen. Ihre Argumente greifen hier nicht.

[...]

Erst einmal bin ich überrascht. Kann ich der Behauptung trauen, der Verband sei nicht beteiligt gewesen? Ich neige zu einem „Kann sein“. Und überhaupt: Wie hätten die wohl gegebenenfalls beraten? Ich kann mir kaum vorstellen, dass der Verband zur Mäßigung aufgerufen hätte. Wie dem auch sei – aber wie laufen dann die meines Erachtens einwandfrei zu beobachtenden Einflussnahmen? Meiner Meinung nach gilt die Nichtbeteiligung dann vielleicht für den Verband in Person seiner Geschäftsführung, keinesfalls aber für einzelne Mitglieder. Und möglicherweise läuft die Einflussnahme dann eher über die kommunale Schiene, auf der Betriebe und branchennahe „Experten“ ihre Interessen gegenüber Stadt- und Gemeinderäten durchsetzen, etwa mit der schon bekannten Drohung, dass die bei Umweltschäden für ihre vermeintlichen Versäumnisse persönlich haften müssten. Daneben glänzen nicht nur Kanalfirmen mit großzügigem Sponsoring von Vereinen, in denen Politiker entweder selbst engagiert sind, oder die den Stadtvätern regelmäßig eine öffentliche Bühne bieten. So etwas ist oft mehr wert als Geld, weil es das politische Überleben sichert.

Dass so eine Einflussnahme von unten nach oben extrem effektiv sein kann, weiß ich aus eigener Vertriebserfahrung. Bei großen Kunden ist es bewährter Brauch jeder Vertriebsorganisation, die Fachabteilungen zu überzeugen, also die Fachleute im Unternehmen zu beeinflussen, wenn man an die Geschäftsführung direkt nicht herankommt. Solche Mitarbeiter zeigen sich durchaus dankbar, wenn man inkognito als externer Experte aufwendige Entscheidungsvorlagen und Präsentationen perfekt ausarbeitet, mit denen sie selbst dann vor ihrem Management glänzen können. Es fördert die eigene Karriere und gibt gleichzeitig Raum für Hobbys und Familie – eine echte Win-win-Situation. Oft hat die Führungsetage keine Ahnung von solchen Abläufen oder will sie nicht zur Kenntnis nehmen. In Verwaltungen läuft das sicher nicht anders.

Als eine treibende Kraft haben wir in der Tat schon seit längerem den Städte- und Gemeindebund identifiziert, der sich seit Jahren vehement für die Prüfungspflicht einsetzt und sich dabei einschlägig von den immer gleichen „Experten“ beraten lässt. Vielleicht sah der Verband deswegen auch gar keine Veranlassung, auf höherer Ebene einzugreifen. Die politische Entwicklung spielte denen ja so hervorragend in die Hände, dass wohl jede weitere Intervention unnötig war und sogar kontraproduktiv gewesen wäre.

Jetzt aber erscheinen wiederholt Artikel auf deren Forum, die sich direkt an die Politik wenden. Karl-Udo weist darauf hin, dass dort laufend Appelle veröffentlicht werden, die der VDRK unter anderem an hochrangige Politiker wie Bundesumweltminister Röttgen und Ministerpräsidentin Kraft verschickt. Die haben nur eines zum Ziel, den Antrag von FDP/CDU doch noch zu kippen bzw. nun sogar auf eine möglichst stringente, mit NRW vergleichbare Regelung auf Bundesebene hinzuarbeiten. Sollte der Verband bisher die Entwicklung verschlafen haben, so gilt das ab jetzt keineswegs mehr:

02.01.2012

Beabsichtigte Änderung des Landeswassergesetzes

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kraft,

[...] Die Durchsicht dieses Entwurfs lässt einen totalen Paradigmenwechsel erkennen. Aus Sicht des Umweltschutzes ist das Schlimmste zu befürchten. Auch wenn die Landesregierung, wie offenbar beabsichtigt, in Kürze einen Gegenentwurf vorlegt, wird sie diesen (angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Landtag) nicht gegen den Willen der Oppositionsparteien durchsetzen können.

[...]

Viele Mitgliedsunternehmen des VDRK haben im Vertrauen auf bestehende Gesetze und Erlasse massiv in neue Technik und Personal investiert, Anlass dieser Investitionen war, den Hauseigentümern die Einhaltung der gesetzlichen Fristen zur Überprüfung ihrer Hausanschlüsse zu ermöglichen. Man spricht aktuell von über 2.500 zertifizierten Dichtheitsprüfern, die alle teure Kurse und Seminare zum Erhalt dieser Zertifikate besucht haben. Die Investitionen der Branche in Geräte, Maschinen und Fahrzeuge zu diesem Zweck liegt bei über 100 Mio Euro. Viele der Hersteller stammen aus NRW.

Viele dieser ausführenden Unternehmen, aber auch Ingenieurbüros und selbständige Sanierungsplaner stehen nun vor dem wirtschaftlichen Ruin, weil Neuaufträge dramatisch wegbrechen und schon abgeschlossene Beauftragungen massenhaft storniert werden. Täglich erreichen mich Meldungen von Entlassungen und geplanten Betriebsschließungen.

Auch die Haus- und Grundstückseigentümer, die schon Dichtheitsprüfungen und Sanierungen haben vornehmen lassen, müssen sich für „dumm verkauft“ vorkommen. Das Vertrauen der Bürger und der einschlägigen Wirtschaft gilt es wiederherzustellen. Unternehmensschließungen, Entlassungen und gefährdete Ausbildungsplätze dürfen nicht das Ergebnis der Landespolitik sein.

[...]

Sinnvoll wäre es unserer Ansicht nach auch, wenn der Bundesumweltminister von seinem Recht Gebrauch machen würde, eine Bundesverordnung zu § 60 WHG, insbesondere zur einheitlichen Regelung von Dichtheitsprüfung und Sanierung von Abwasserleitungen, zu erlassen.

[...]

Inzwischen hat auch Hartmut Hepcke mit einem Brief an den VDRK auf deren Schreiben an Frau Kraft und Herrn Röttgen reagiert. Darin schreibt er „[...] Es muss allerdings angemerkt werden, dass es hierzu weder eine europäische Richtlinie noch eine bundeseinheitliche Regelung im Wasserhaushaltsgesetz gibt, mit der Folge, dass kein anderes europäisches Land und viele Bundesländer den nordrhein-westfälischen Weg aus gutem Grund nicht mitgegangen sind. Alle Normen- und Gesetzesinitiativen beruhen einzig auf der fehlerhaften Annahme, dass durch undichte private Grund- und Hausanschlussleitungen und durch das dort ggf. austretende häusliche Schmutzwasser der Boden und das Grundwasser bedeutend und nachhaltig im Sinne des Bodenschutz- und Wasserhaushaltsgesetzes verschmutzt werden [...] Zorn gegen die Landespolitiker zu hegen, trifft aber auch nicht den Kern des Pro-

alle haben viel Zeit und Geld investiert, darum mein Aufruf: Kommt nach Dülmen! Wir kämpfen weiter für unsere Sache und ca. 18 Millionen Bürger in NRW! [...]

(Frau Kraft holt sich Hardliner in den Landtag, Rimmel läuft mit breiter Brust durch den Landtag und die Kanalbranche, Städte und Gemeindebund machen mobil!)

Vorbereitungstreffen

BI-Treffen-Münsterland 12. Juni 2012 Beginn 19.30 Uhr im "Hotel Nuyken" in Nordwalde Bahnhofstr. 121

Danke Uwe Gellrich

Nach Nordwalde kann ich nicht kommen. Dafür bin ich diesmal in Dülmen dabei – zusammen mit meiner Frau. Den Ausflug planen wir noch anderweitig zu nutzen, etwa für eine Radtour zu den Wildpferden. Dafür ist die Stadt schließlich bekannt und Dülmen liegt nicht gerade bei mir um die Ecke. Zwei Stunden Fahrt für eine Richtung muss ich da schon einrechnen. Meine Frau bucht auch gleich ein Hotel in der Innenstadt. Hoffentlich spielt das Wetter mit.

Einen ersten Trend aus meiner gerade laufenden Umfrage schicke ich in die Runde. Solide Statistiken bieten immer wieder eine gerne genommene Grundlage für die Argumentation. Zahlen vermitteln halt immer etwas objektiv Zwingendes:

Auswertung zur Umfrage

Wie geht es weiter?

Auswertung: Erste Trends bis zum 05. Juni 2012

Die Umfrage wurde sowohl von engagierten Prüfungsbefürwortern (35,4 %), als auch engagierten Prüfungsgegnern (44,9 %) zur Meinungsäußerung genutzt. Die Teilnehmer verteilen sich auf alle Landesteile und bezeichnen sich als überwiegend privat betroffen.

Befragt nach ihrem zukünftigen Engagement sagen nur noch 32,3 % der Befragten, sich weiter für die Beibehaltung der Prüfungspflicht zu engagieren. Dagegen steigt der Anteil der Gegner auf 54,3 % der Umfrageteilnehmer. Von Resignation bei den engagierten Prüfungsgegnern kann trotz des ernüchternden Wahlausgangs keine Rede sein.

Engagierte Gegner der flächendeckenden Zwangsprüfungen

Die Lager scheinen relativ festgefügt. So waren von den zukünftig engagierten Gegnern 76,8 % bereits in der Vergangenheit aktiv. Der Zuwachs aus bisher nicht engagierten Bürgern ist mit 18,8 % überraschend hoch, zumal die Maßnahmen in den meisten Kommunen derzeit ruhen. Sogar einige wenige Prüfungsbefürworter (4,3 %) haben ihre Meinung inzwischen geändert und wechseln in das Lager der Gegner. In umgekehrter Richtung gibt es bisher keinen solchen Fall. Lediglich 5,3 % der bisher engagierten Bürger äußern, dass das alles ja doch keinen Sinn hat und sie ihre Aktivitäten nun einstellen werden.

Mehr als die Hälfte der Befragten (50,7 %) ist der Meinung, die Initiativen sollten bei

ihrem Hauptthema bleiben und sich nicht verzetteln. Jeweils mehr als 40 % äußern, dass jetzt erst recht aktive Opposition gemacht werden muss (43,5 %), dass jedes Umweltprojekt in Zukunft einer strengen Kosten-/Nutzenanalyse unterzogen wird (42 %) und dass ein Stopp der Dichtheitsprüfung Signalwirkung auf andere überzogene Umweltvorhaben zeigen wird (40,6 %). Kaum jemand glaubt, dass die Oppositionsparteien die Arbeit der Bürgerinitiativen überflüssig machen oder Rot-Grün es von alleine richten könnten (jeweils nur 1,4 %).

Engagierte Befürworter der Zwangsprüfungen

Die Befürworter leiden unter einem sichtbaren Schwund. Fast 18 % der ehemals engagierten Teilnehmer der Umfrage bekunden, ihr Engagement nicht fortsetzen zu wollen. Fast 27 % sind beruflich oder politisch betroffen. Wenig überraschend ist, dass eine deutliche Mehrheit (61 %) den Bürgerinitiativen Abstinenz empfiehlt, weil SPD und GRÜNE sicher den besten Ausgleich zwischen Bürgerinteressen und Umweltbelangen finden würden. Genauso deutlich fällt die abgedroschene Meinung ins Gewicht (58,5 %), dass Kosten bei Umweltbelangen keine Rolle spielen dürfen, weil es schließlich um die Zukunft unserer Kinder geht. Alle anderen Antwortmöglichkeiten fallen nicht ins Gewicht.

Das Lager derer, die sich in Zukunft für die Beibehaltung der Dichtheitsprüfung engagieren wollen, rekrutiert sich zu über 90 % aus Leuten, die auch bisher schon engagiert waren. Der Rest hatte sich bislang nicht aktiv eingeschaltet.

Ein Schmankerl am Rande: Die Umfrage wurde auch auf einem Infoticker der Kanalbranche verlinkt. Das zeigt, dass man die Aktivitäten der Bürgerinitiativen mit Sorge verfolgt und ernst nimmt. Vermutlich in diesem Zusammenhang waren weit über hundert Manipulationsversuche zu verzeichnen, bei denen Prüfungsbefürworter kurz hintereinander jeweils dutzende Mehrfachantworten einbrachten. Diese wurden von der Auswertung ausgeschlossen, um die Ergebnisse nicht zu verfälschen.

Die weitere Verwendung der Auswertung überlasse ich diesmal den Empfängern.

Inzwischen sind die Koalitionsverhandlungen zwischen Grünen und Roten erwartungsgemäß erfolgreich abgeschlossen. Genauso vorauszusehen war, dass die SPD sich wieder einmal vor allem in Umweltfragen vom Koalitionspartner am Nasenring durch die Manege ziehen und alle möglichen teuren Ökofantasien widerstandslos passieren lässt. Ich finde es noch immer unfassbar, was die ehemalige Arbeiterpartei, der mein Vater vierzig Jahre lang angehörte, da treibt. Die GRÜNEN repräsentieren halt eine wohlhabende Mittelschicht, die sich den ganzen Mist leisten wollen und können. „*Grüne Ideen gedeihen nicht in den Quartieren der Arbeiter. Sie gedeihen in den Luxusvillen der Schickeria.*“ stellte schon Franz-Josef Strauß beim politischen Aschermittwoch 1987 sehr zutreffend fest. Dass die SPD die kleinen Leute vertreten will, ist darin beim besten Willen nicht erkennbar. Wen repräsentieren die eigentlich wirklich? Ist der vornehmste Wunsch des Arbeiters bei RWE etwa, das Klima zu retten, dabei seinen Arbeitsplatz zu verlieren und gleichzeitig die Umweltauflagen und Stromkosten für sein kleines Reihen-

haus nicht mehr bezahlen zu können? Ich glaube, der hat ganz andere Sorgen. Aber davon ist die Partei jetzt meilenweit entfernt.

Wie dem auch sei – jedenfalls steht die Koalition nun und der Vertrag verspricht nichts Gutes. Darin heißt es zum Thema Abwasser:

[...]

Funktionsprüfung von Abwasserkanälen:

Bei der Regelung der Funktionsprüfung von Abwasserkanälen werden wir eine dem Gewässerschutz verpflichtete Vorsorgepolitik gemäß dem Wasserhaushaltsgesetz des Bundes fortsetzen. Neben dem Gewässerschutz geht es um landespolitische Verlässlichkeit gegenüber Kommunen, Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern und Handwerkerinnen und Handwerkern. Die Prüfung von privaten und öffentlichen Kanälen soll möglichst gleichzeitig vollzogen werden. Hierbei muss es zu einem fairen Ausgleich zwischen den Interessen aller Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern und dem Gewässerschutz kommen. Die Fristen werden entsprechend angepasst. Dabei werden wir beispielsweise kürzere Fristen für Wasserschutzgebiete vorsehen und prüfen, ob längere Fristen (20-30 Jahre) in Siedlungsgebieten mit überwiegend Ein- und Zweifamilienhäusern festgelegt werden können. Wir werden bei der Funktionsprüfung zeitnah eine bürgerfreundliche und soziale Lösung erarbeiten, die insbesondere soziale Härten und Ungerechtigkeiten bei der Umsetzung von evtl. Sanierungen vermeiden wird. Für diesen Fall werden wir die Fördermöglichkeiten des Landes klarer regeln. Parallel werden wir gegenüber der Bundesregierung auch darauf drängen, dass diese eine bundeseinheitliche Regelung – eine Verordnung zum Wasserhaushaltsgesetz (WHG) – schnellstmöglich auf den Weg bringt

[...]

Neben einer Menge nichtssagendem, gendergerechtem Geschwurbel scheint die erklärte Absicht zu sein, es im Wesentlichen bei den derzeit bestehenden Regelungen zu belassen. Gibt es eigentlich auch eine weibliche Form von „der Kanal“? Vielleicht „die Kanaille“? Ach nein, so doch nicht!

Meine Umfrage hat sich auch in der Kanalbranche wieder herumgesprochen. Der bekannte Aktivist aus Alpen etwa kommentiert am 18.06.2012 „[...] Schau ich mir die hier im Lokalkompass immer so angepriesene Seite von „alles dicht in NRW“ an, dann sagt mir das vom Inhalt her alles und auch wer da am Werk ist. Alleine die manipulierte Umfrage dort grenzt ja schon fast an Unverschämtheit und ist in ihrer unprofessionalität kaum noch zu überbieten. [...]“.

Ok, interessant, jede solch polemische Kritik bestätigt mich darin, offenbar alles richtigzumachen. Der gleiche Kommentator legt dann noch mit einem eigenen Artikel nach, ohne wirkliche Argumente – Polemik pur eben mit einer Prise Beleidigung:

Dichtheitsprüfung – Ein muss für ganz NRW und Deutschland

Kleve: Alpen | Sehr geehrte Damen und Herren,
es ist langsam an der Zeit einmal einen Bericht für die Dichtheitsprüfung nach § 61a LWG NRW zu schreiben. Immer wieder wird darauf hingewiesen, dass eine Prüfung nur Geldmacherei sei, der Goldrausch der Kanalfirmen und was nicht alles geschrieben wurde.

Ich bin mir sicher, wenn das persönliche EGO der Bürgerinitiativen nicht so angegriffen wäre, weil Sie es sich anders vorgestellt haben mit der Aushebelung und Aufhebung des § 61a LWG, dann würden Sie auch einmal auf die Firmen zu kommen um sich einmal fachlich vernünftig beraten zu lassen.

Mehrfach wurde darauf hingewiesen, dass sich die Firmen die Zeit nehmen um einmal den Hausbesitzer zu zeigen, was Ihre häuslichen Abwässer anrichten. Aber wie es so ist, die Mehrheit sagt zum einzelnen: "Du lässt Dich da bloß nicht blicken, mach unsere Arbeit nicht kaputt, wir brauchen jede Stimme"!

Es sind Menschen, die folgen einem Professor, der bestimmt viele tolle Ideen hat, aber bitte auf seinem Fachgebiet. Wenn man irgendwann einmal Professor a.D. ist, dann sollte man sich ein Hobby wie das Angeln oder Segeln zu legen, denn in beiden Fällen kann er nicht so viel Dummheiten verbreiten, dass ehrliche Menschen durch so viel Blödsinn Ihren Job verlieren.

[...]

Natürlich geht es dabei einmal mehr im Kern ums Geld. Dafür kann ich schon ein gewisses Verständnis aufbringen. Es ist sicher nicht lustig, eine sechsstellige Investition in Prüfungsequipment abschreiben zu müssen, sollte das Pendel nun doch wieder in unsere Richtung ausschlagen. Damit das geschehen kann, fangen wir fast wieder von vorne an. Eine erneute Kettenbrief-Kampagne an die SPD-Abgeordneten kann nur ein erster Schritt und Baustein unter vielen noch folgenden sein.

Nachdem der juristische Dienst den § 61A des Landeswassergesetzes als formal verfassungswidrig eingestuft hatte, kommt ein danach vom Minister beauftragtes Gutachten zu einem gegenteiligen Ergebnis. Auf die Anfrage eines Mitsreiters schreibt die Behörde am 29. Juni „[...] Um für die zukünftige Landeswassergesetzgebung unter dem Aspekt der Regelungskompetenz Rechtsklarheit zu erhalten, hat das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz eine externe rechtliche Bewertung in Auftrag gegeben. Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass § 61a LWG verfassungskonform ist. Die Vorschrift findet als Konkretisierung der bundesgesetzlichen Grundsatznorm § 61 WHG in vollem Umfang Anwendung.“ Also jetzt doch? Das sieht nach einem juristischen Freibrief aus. Es spielt aber im Kern eher keine Rolle, auf welche formale Weise die Absichten umgesetzt werden.

und Kanalfirmen bzw. Rohrreinigern und Kanalarbeitern und vielen Firmen im Umfeld der Kanalbranche, – z.B. Zulieferer, Hersteller etc..

Es ist zu befürchten, dass Frau Kraft ihr politisches Gespür für die wahren Sorgen ihrer Bürgerinnen und Bürger verloren hat und es ihr offensichtlich viel wichtiger ist auf ihrer Website im neuen Brautkleid eine gute Figur zu machen –

Wir sollten Frau Kraft gratulieren, – tolles timing – während hunderte von Kanalarbeitern ihren Arbeitsplatz verlieren, präsentieren Sie ihr persönliches, sorgenfreies Glück. Das ist unsensibel und unanständig. Frau Kraft hat offensichtlich keinen Bezug mehr zum Alltag der Menschen, sie spielt die verantwortungsbewusste Landesmutter und hat tausende Menschen (mit Rot-Grün) bei der letzten NRW-Landtagswahl betrogen – und die Kanalbranche hatte Rot-Grün vertraut und gewählt, weil SPD und Grüne Politiker vor der Landtagswahl (nachweislich) versprochen haben, dass unter einer Rot-Grünen Mehrheitsregierung in NRW die Dichtheitsprüfungspflicht (ausnahmslos) bestehen bleiben würde.

Weiter – Siehe Anhang

Mit kollegialem Gruß aus [...], Ihr – Euer

D[...] T[...]

Geschäftsführer

KANALSERVICE [...]

Wow – ob das bei den Adressaten noch Eindruck hinterlässt, wage ich zu bezweifeln. Ein ganz anderes Gewicht hat allerdings der VDRK, sodass ich mich zu einem weiteren Anschreiben an Hannelore Kraft durchringe und im kleinen Kreis abstimme. Einige Anregungen arbeite ich noch in den Text ein. Fritz schreibt „*Guten Abend Siegfried, zunächst meine Hochachtung vor Deinem Schreiben. Folgenden Satz würde ich ändern: [...]*“ – schöner kann eine Rückmeldung nicht sein. Danach geht der dreiseitige Brief in die Post. Eigentlich ist der Text für meinen Geschmack zu lang. Aber ich musste mir das einfach einmal in aller Ausführlichkeit von der Seele schreiben:

27. Okt. 2012

Frau Ministerpräsidentin
Hannelore Kraft
Staatskanzlei
40190 Düsseldorf

Neuregelung der Dichtheitsprüfung – jetzt Funktionsprüfung

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,
ihrem persönlichen Einsatz zur Erreichung einer bürgerfreundlichen Lösung in der Sache zolle ich großen Respekt und Anerkennung. Als ich Sie beim Live-Talk im April 2011 in der Staatskanzlei persönlich kennenlernen durfte, hatte ich den Eindruck gewonnen, dass Sie für Ihre Überzeugungen eintreten. Ohne Sie hätte es hier wohl keine Bewegung mehr im Sinne der Bürger in NRW gegeben.

An einem Beispiel aus der Stadt Wassenberg möchte ich Ihnen die jetzt entstehende

Problematik deutlich machen. Einige der Betroffenen finden Sie mit Kontaktdaten in der Anlage.

Bitte erklären Sie diesen Bürgern, die ihren Lebensabend mit Kleinrente im eigenen Häuschen jetzt schon am Rande des Existenzminimums bestreiten, weshalb sie hohe vier- und fünfstellige Summen in eine sicher anfallende Sanierung stecken müssen, obwohl keinerlei dringliche Gefahrenlage nachweisbar ist. Mit den Eheleuten Dell im Birkenweg stehe ich seit langem immer wieder in telefonischem Kontakt. Sie pflegt seit Jahren ihren schwerkranken Mann und bringt beide eher schlecht als recht durchs Leben. Das Rentnerhepaar wohnt in einem WSG III A. Die Stadt Wassenberg hat die Überprüfung für 2014 angeordnet. In unmittelbarer Nachbarschaft befindet sich im WSG der Wassenberger Waldfriedhof, außerdem landwirtschaftlich genutzte Flächen, Gewerbegebiete, Straßen. Der Schadstoffeintrag dieser und anderer Quellen liegt um ein Vielfaches über den von privaten Abwasserleitungen möglicherweise in Summe ausgehenden Gefahren. Wenige Straßen weiter muss nach der Vorlage des Ministeriums nicht mehr geprüft werden, weil das Schutzgebiet – recht willkürlich anmutend – mitten im Ort endet.

Die ganze Dramatik zeigt auch das aktuell vorliegende Beispiel der Eheleute I[...] aus Ratingen, nachzulesen unter <http://anderle2000.dyndns.org:2530/Dichtheitsprüfung/>. Hier können Sie sich gerne für eine vernünftige Lösung der katastrophalen Situation einsetzen.

Bitte erklären Sie diesen Menschen persönlich von Angesicht zu Angesicht, weshalb die Landesregierung sie in diese Notlage bringt. Die Eheleute Dell, so wie einige ihrer Nachbarn, leben seit Monaten in Angst. Und das zu Recht, wie alleine die in der Presse bereits gezeigten Beispiele belegen. Schon die Prüfungskosten werfen Frau Dell aus der finanziellen Bahn. Die sicher angeordnete Sanierung an ihrem Haus von 1952 wird viele tausend Euro kosten, die ein menschliches und finanzielles Desaster für die Eheleute sind. Und weder die Eheleute Dell noch einer der Nachbarn bringt den Mut auf, sich selbst zur Wehr zu setzen. Es handelt sich hier um eine Kernklientel der SPD, für die Sie sich verantwortlich fühlen sollten, auch wenn die keinen „Rabatz“ in der Öffentlichkeit machen wollen und können. Das ist nur eines von zehn- oder hunderttausenden menschlicher Dramen, die sich im Verborgenen abspielen.

Im Kontext mit den weiteren Vorgaben des NRW-Umweltministeriums, sowie mit dem unmittelbar vor der Veröffentlichung stehenden „Leitfaden zum Umgang mit Drainagen“ ergibt sich eine erheblich verschärfte Situation für alle Bürger und Kommunen:

- Das Umweltministerium Düsseldorf verfügt in seiner Pressemitteilung vom 24.10.2012 ausdrücklich, dass die Kommunen für alle Gebiete außerhalb von Wasserschutzgebieten eigene, verschärfende Satzungen erlassen können und sollen. Diese Vorgehensweise ist stets mit der jeweiligen Bezirksregierung abzustimmen, die ihrerseits direkt dem NRW-Umweltminister Rimmel untersteht. Kaum ein Bürger, dessen Gemeinde oder Stadt jetzt schon rigide prüft und saniert, wird damit entlastet. So bleiben hunderttausende Bürger von sinnlosen Maßnahmen betroffen, die in vielen Fällen das Übermaßverbot unserer Verfassung grob verletzen.

- Der vorgeschlagene Drainageleitfaden des IKT soll alle Kommunen veranlassen, bisher geduldete, unproblematische Drainagefehlanschlüsse zwangsweise unter Bußgeldandrohung entfernen zu lassen. Das hebt Ihre politischen Absichten aus.
- In NRW gibt es z. Zt. 418 Wasserschutzgebiete, 376 weitere sind geplant. Sie haben zusammen eine Fläche von 5852 km², das sind mehr als 17 % der Fläche dieses Landes. Der aktuelle Stand ist nachzulesen im Internet auf den Seiten der Landesregierung bzw. der jeweiligen Bezirksregierungen.
- Hinzu kommen 110 Kommunen mit angeblichen Fremdwassergebieten – somit vollkommen unberührt vom bisherigen § 61a LWG NRW –, in denen bereits eifrig und unter verschärften Bedingungen für die Betroffenen geprüft und saniert wird, seit Jahren. Häufig geschieht dies ohne jede Not.
- Hans Christian Markert, Die GRÜNEN, verlangt die Prüfbescheinigung bei jedem Hauskauf, ähnlich dem Energiepass.-

Die jetzt von Rot-Grün geplanten Maßnahmen haben daher aus unserer Sicht mit Bürgerfreundlichkeit und Erleichterungen nur wenig zu tun. Sie verschärfen im Gegenteil die Situation für die Bürger in NRW massiv und liefern sie ungeschützt der Behördenwillkür vor Ort aus. Das bisherige Gesetz erst hat es Kommunen leicht gemacht, strenge Prüf- und Sanierungsvorschriften in die jeweilige Abwassersatzung zu schreiben. Es ist jetzt die Pflicht des Gesetzgebers, für überzogene Maßnahmen klare Grenzen aufzuzeigen und kommunale Exzesse in die Schranken zu weisen. Ich kann mich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, dass eine widerspenstige Ministerialbürokratie die meist nicht sachkundigen Politiker gnadenlos über den Tisch zieht.

Die verdachtsunabhängige Prüf- und vor allem Sanierungspflicht für private Abwasserleitungen muss vollständig entfallen. Als Notlösung – wenn etwas anderes politisch nicht durchsetzbar ist – wäre denkbar, eine Durchflussprüfung festzuschreiben. Sollte es dabei grobe (>10 %) Abweichungen geben, sollte jeder Eigentümer vermutlich im Eigeninteresse eine Sanierung ins Auge fassen. Allerdings würden dabei wohl sehr nahe an 100 % der Anschlussleitungen als dicht zertifiziert werden und eine allgemeine Prüfpflicht erst recht nicht rechtfertigen. Sie können es drehen und wenden wie Sie wollen: Diese Regelung gehört in den Mülleimer der Geschichte.

Mit freundlichen Grüßen
Siegfried Genreith

Anlage

Adressen einiger betroffener Bürger zur Kontaktaufnahme bei Bedarf

Karl-Udo kommentiert *„Danke, Siegfried, für diese bemerkenswerte Aktion, die eigentlich alle Adressaten betroffen machen sollte (deshalb denk mal über breiteren Verteiler, z. B. Fraktionsvorsitzenden Roemer und Sprecher SPD Umweltausschuss Meesters nach). [...]“* Sein Unterbezirk hat mit seiner Kritik zum Einlenken der eigenen Regierungschefin beigetragen. So schreibt die Neue Westfälische: *„Wie die sogenannte Teutonenriege in Bielefeld herausstellte, habe Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) nicht zuletzt ob ihrer unmissverständlichen Ansprache die umstrittene Dichtheits-*

prüfung entschärft.“[43] Auch diese Nachricht unterstreicht, wie weit sich die Führung der SPD schon von der eigenen Basis entfernt hat.

Mein Brief an Hannelore Kraft geht kurz danach online zur Kommentierung in meinem Blog und später an eine größere Anzahl Abgeordneter, jeweils per persönlichem Einzelanschreiben. Eines davon leite ich an unseren Verteiler zur Kenntnis. Susanne schreibt dazu *„Einfach klasse!! Trotz bzw. gerade wegen der Bauchpinselei ganz am Anfang. Ich hoffe dringend, dass sie und Weckmann (am besten weitere) ihn komplett lesen. VGSu“*. Eine Antwort aus dem Landtag habe ich danach nicht erhalten.

In Folge unserer Proteste gegen das anfängliche Lob der FDP an die Adresse der Regierung hat die nun ihre Argumentation nachgebessert. Im Antrag *„Dichtheitsprüfung bürgerfreundlich umsetzen“* der Fraktion der FDP, Drucksache 16/1270 vom 30.10.2012, ist nachzulesen *„[...] Auch dieser Schritt ist mit Blick auf eine bürgerfreundliche Neuregelung aber noch nicht ausreichend: So bleibt es der Landesregierung jederzeit unbenommen, starre Fristen für die Funktionsprüfung privater Abwasserkanäle per Rechtsverordnung nachträglich einzuführen. Gleiches gilt auch für die Beibehaltung starrer Fristen für die Prüfung häuslicher Kanäle innerhalb von Wasserschutzgebieten. Solange der wissenschaftliche Nachweis, dass bereits undichte Hausanschlussleitungen zu einer nennenswerten Grundwassergefährdung führen können, nicht geführt ist, bleibt die Verhältnismäßigkeit solcher Prüfungen auch unter Beachtung des Vorsorgeprinzips fraglich. [...]“*.

Gut so, die FDP hat die eigentliche Problematik verstanden. Das Schreiben stützt sich richtigerweise auf das Argument der fehlenden Verhältnismäßigkeit, verzichtet darauf, über „Dichtheit“ und einen „Generalverdacht“ zu fabulieren. Die Partei ist mit diesem Antrag wieder weitgehend auf unserer Linie und wird die im Landtag dann auch hoffentlich konsequent vertreten.

Wilfried Blumberg von der Bürgerinitiative „Alles dicht in Lindlar“ sieht die Lage weiter kritisch. Die „Kölnische Rundschau“ zitiert ihn mit der Aussage *„Bei mir riefen in den letzten Tagen die Leute an, um zu gratulieren und um uns zu danken. Ich sagte denen: Wir haben doch noch überhaupt nichts geschafft, das Gesetz ist doch noch nicht aufgehoben, es ist doch nichts neu geregelt.“*[44] Nun, immerhin steht in dem Entwurf von Rot-Grün *„§ 61a wird aufgehoben.“* Von Fristen ist da nirgendwo mehr die Rede. Damit ist also durchaus nichts klar. Klarheit wird eben nur die avisierte Rechtsverordnung liefern, die noch in den Sternen steht, genauso wie die Frage, ob die vermeintlich guten Absichten der Ministerpräsidentin sich dort dann wiederfinden werden.

Dass die Kuh noch lange nicht vom Eis ist, zeigen auch weitere dramatische persönliche Schicksale. *„Kanal-TÜV: Seniorin droht Hausverkauf“* titelt die Rheinische Post am 6. November.[45] Erfolg oder Misserfolg wird in jedem Lager unterschiedlich gesehen. Während wir die angekündigten Regelungen

Der §61A ist Geschichte.

Kriegsmüde?

Schon der dritte Jahreswechsel in Folge verläuft eher unruhig. Für das Fassen guter Vorsätze bleibt kaum Zeit. Daran ändert auch Gerhards Aufruf zu Besinnlichkeit nicht viel. Was haben wir bis jetzt tatsächlich erreicht? Substantiell ist da noch nichts so recht greifbar. Der § 61A ist faktisch schon Geschichte – gut so. Dafür gibt es dann eine Ermächtigung, eine wie immer ausgestaltete Rechtsverordnung zu erlassen, die solch Ungemach in Zukunft regeln soll. Nur – was wird da drin stehen? Gilt dafür noch das Wort der Ministerpräsidentin? Noch gibt es nicht einmal einen Entwurf dazu und niemand unter uns traut Rot-Grün. Minister Rimmel wird vermutlich alles daransetzen, die von Hannelore Kraft zugesagten Erleichterungen aufzuweichen und wieder zu verschärfen. Der hat mit ihr jetzt noch eine Rechnung offen. Um die zu begleichen wird ihm wohl jedes Mittel recht sein und kein Auftragsgutachten zu teuer. Bei dem schon begonnenen Monitoring wird es nicht bleiben, zumal dessen Ergebnisse um Jahre zu spät kommen werden.

Die Anhörung am 9. Januar steht an. Unsere Präsenz auf der Besuchertribüne bereitet noch Sorgen. *„Hallo zusammen, bisher haben sich knapp über 50 als Teilnehmer bei mir gemeldet. Das muss mehr werden! Vielen Dank, schon einmal an alle die zugesagt haben. Alle Bi's sollten versuchen den 9.1.2013 in den Medien – Zeitung/TV/Radio -- durch Pressemitteilung usw. zu platzieren.“* schreibt Uwe schon am Neujahrstag in die Runde.

In dem tragischen Fall aus Ratingen hat Klaus Büchler zusammen mit Klaus Lau, Robert Horras, sowie Haus und Grund inzwischen für Erleichterung gesorgt. Zumindest bei diesen alten Herrschaften dürfte dieser Jahresauftakt der entspannteste seit langem sein:

Gesendet: Samstag, 5. Januar 2013 00:58

Betreff: Neubewertung des Schadens

Sehr geehrter Herr Büchler,
sehr geehrter Herr Lau,
am 28.12.2012 hat Herr Fliescher ein neues Schreiben der Stadt Ratingen in unserem Fall erhalten, was ich Ihnen gerne hiermit zur Kenntnisnahme zur Verfügung stelle. Darin befindet sich eine Neubewertung des Schadens, sowie die Aufhebung des Zwangsgeldes. Ich denke, daß wir mit dem Erfolg zufrieden sein können.

Dank Ihrer und weiterer Kollegen Unterstützung, konnte das Unheil abgewendet werden. Einen weiteren herzlichen Dank von mir und dem Rest der Familie I[...].

Ich habe dieses Schreiben für alle, die es interessiert, auch auf der Internetseite plat-

ziert. Ich würde mich über eine Stellungnahme, der Neubewertung des Schadens, von Ihnen freuen.

Herzliche Grüße,
André I[...]

Auch die Bauernverbände sind naturgemäß an einer bürgerfreundlichen Regelung interessiert und unterstützen in einer Stellungnahme den Entwurf der Opposition. Dass die sich erst jetzt rühren, finde ich erstaunlich. Die sind doch berüchtigt für ihre besonders effiziente Lobbyarbeit. Bei Landwirten sind oft besonders lange Kanäle zu prüfen, zu teils aberwitzigen Kosten, während sie gleichzeitig nebenan tonnenweise Gülle legal auf die Felder ausbringen. Das verstehe, wer will. Für möglich halte ich aber, dass deren Verbände wegen der Gülle ohnehin schon unter Druck stehen und deshalb nur ungern noch ein Fass mit weiterem Konfliktstoff öffnen. Ob der Umweltminister dem Anliegen der beiden großen Landwirtschaftsverbände mehr Gehör schenkt, darf bezweifelt werden. Denen dürfte Remmel ähnlich feindlich gegenüber stehen, wie etwa dem Landesjagdverband, der ob seiner Proteste schon mit ministerialen Drohungen belegt wurde. Einen kräftigen Rückenwind erwarte ich deshalb auch aus dieser Richtung nicht. Die sitzen selbst im Glashaus und hängen sich eher vorsichtig an die Proteste an, ohne selbst wirklich vortreten zu wollen.

Auf kommunaler Ebene beginnt allerdings schon eine Welle zu rollen, die zu den Absichten des Ministers so gar nicht passen dürfte. Melanie Schwan von „Alles-dicht-in-Asldorf“ meldet am 7. Januar den Erfolg ihres Bürgerantrags „*Der Rat der Stadt Asldorf hat in seiner Sitzung am 11.12.2012 die Aufhebung der Satzung zur Dichtheitsprüfung beschlossen.*“ und dies, obwohl das alte Gesetz formal noch gilt. Warum geht so etwas nicht in jeder Kommune? Vermutlich spielen die meisten Räte und Bürgermeister lieber den Muster-schüler bei ihrer Bezirksregierung, als sich um die Nöte ihrer Wähler zu kümmern. Trotzdem drängt sich mir der Eindruck auf, dass hier ganz langsam etwas zum Positiven hin ins Rutschen gerät.

Die Reihen auf der Besuchertribüne für die Anhörung im Landtag füllen sich derweil. Von der Veranstaltung selbst hatte ich nicht viel erwartet. Erste Bewertungen aus unserer Runde bestätigen meine Einschätzung. In der Folge erscheint eine Vielzahl von Artikeln in den Zeitungen:

- Münsterland-Zeitung am 7. Januar „*Die Bürgerinitiative "Alles dicht in Heek-Nienborg" nimmt am Mittwoch, 9. Januar, um 11 Uhr, mit etwa 120 Delegierten aus insgesamt 70 Bürgerinitiativen (sechs aus dem Kreis Borken, und 23 aus dem Münsterland) auf der Besuchertribüne im Plenarsaal des Landtag-NRW Platz.*“ Die wirft im Beitrag begrifflich hier einiges durcheinander – macht aber nichts. Öffentlichkeit ist alles.

- Dülmener Zeitung am 12. Januar „[...] Auch WILLI KAPPEN und HARTMUT TOLKSDORF von der Bürgerinitiative ‚Alles dicht in Dülmen‘ haben sich die Argumente der Fachleute drei Stunden im Landtag angehört. ‚Die Arroganz bei SPD und Grünen ist bedauerlich‘ fasst Tolksdorf das Ergebnis zusammen. Überrascht habe ihn, dass viele Städte und Gemeinden sich für eine verpflichtende Überprüfung privater Abwasserkanäle ausgesprochen hätten, und unter den Experten etwa zwei Drittel pro und nur etwa ein Drittel kontra Dichtheitsprüfung gewesen sei.“
- Haus und Grund Oberberg bestätigt den tendenziösen Charakter der Veranstaltung „Anhörung zur Dichtheitsprüfung – Haus & Grund hat deutliche Kritik geübt“ [50].
- Die Neue Westfälische zitiert den Hauptzeugen der Anklage gegen uns „Johannes Weinig spricht sich für Kanal-Tüv aus“ [51].
- Die Rheinische Post titelt am 10. Januar „Kanal-Tüv: Kritiker bereiten Klage vor“ und schreibt „Die Eigentümerschutz-Gemeinschaft Haus und Grund NRW bereitet eine Musterklage gegen die von der rot-grünen Landesregierung beabsichtigte Änderung des Landeswassergesetzes vor. Das erklärten Verbandsvertreter gestern bei der Experten-Anhörung im Landtag. [...]“[52].
- Der branchennahe „infodienst des IKT“ schreibt dazu „NRW-Politik: Große Differenzen über Prüfung privater Abwasserkanäle Experten-Anhörung im Landtag: Austausch von Argumenten, keine Einigung in Sicht.“

Schließlich meldet sich auch Fritz noch mit seiner pessimistischen Einschätzung der erwarteten Entwicklung:

Sent: Sunday, January 13, 2013 9:55 PM

Subject: ein privates Lebenszeichen

Hallo in die Abwasserrunde,
leider konnte ich wegen einer OP nicht in Düsseldorf teilnehmen, forste mich aber in behandlungsfreier Zeit durch die Emails.

Ich habe den Show-Charakter dieses Events im Landtag befürchtet. Selektiv kann ich von hier aus einige Kommentare schreiben, so heute in der Mönchengladbacher Zeitung – Für den Cheflobbyisten der SPD, Johannes Weinig, werden wir wohl einen Pan B brauchen – also der ist wirklich schmerzfrei. Als Nächstes kommt jetzt der Drainageleitfaden und die marktische Zwangsprüfung bei Verkauf oder Übergabe einer Immobilie. Die Mogelpackung wird weiter immer größer. [...]

Wieder einmal so ein Déjà-vu. Lief das jemals anders? Auch das war wieder einmal eine reine Show-Veranstaltung – Wortbruch inklusive. Die suchten nur eine Rechtfertigung für das, was ohnehin geplant und schon entschieden ist. Bekannte Argumente wurden ausgetauscht – darunter auch die üblichen,

längst widerlegten. Eine echte Diskussion fand nicht statt. Die Verantwortlichen können nun sagen, „wir haben alle Seiten gehört“, und haben ihr wichtigstes und vermutlich einziges Ziel damit erreicht. Es ist ermüdend, jedes Mal aufs Neue so etwas erleben zu müssen. Erreichen unsere Leute mit so was noch irgendetwas oder sollten wir uns alle solche Termine ersparen? Vielleicht geht es aber einfach darum, Präsenz zu demonstrieren und schon durch die bloße Beteiligung deutlich zu machen „Wir lassen uns nicht unterkriegen!“.

Einige Tage später reicht Hans-Peter Bergmann per Briefpost seine ausführliche Zusammenfassung der Anhörung an Josef Hovenjürgen (CDU) nach:

An die Mitglieder des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und des Ausschusses für Kommunalpolitik (Landtag NRW)

Zu Händen Herrn Josef Hovenjürgen

22.01.2013

[...]

Erster Eindruck: Die Besetzung, der von den Parteien eingeladenen Experten (siehe Ausschussprotokoll APr 16/121 Sachverständigenliste), war nach unserer Einschätzung in keiner Weise demokratisch ausgewogen bzw. politisch neutral, da etwa 2/3 zu den dogmatischen Befürwortern gehören, deren Verbände bzw. Unternehmen in vielen Fällen auch wirtschaftlich direkt oder indirekt mit der Abwasserwirtschaft verknüpft sind und daher eine unabhängige Expertise durch bestehende Interessenkonflikte kaum möglich ist (Beispiel siehe Pkt. 4).

Von den Koalitionsfraktionen SPD und Grünen wurden zudem nur Sachverständige eingeladen und befragt, die eine stringente Fortführung der Dichtheitsprüfung für priv. Abwasserleitungen befürworten.

Anmerkung: Herr Meesters hatte mir persönlich, in einem relativ langen Telefongespräch Ende letzten Jahres noch zugesagt (von ihm auch als bürgerfreundlich per eigener Pressemitteilung publiziert), dass auch örtlich betroffene Bürger oder Initiativen (z. B. aus bestehenden Fremdwassersanierungs- oder Wasserschutzgebieten) von der SPD eingeladen werden sollen, um über Ihre bisherigen Erfahrungen berichten zu können! Dies ist leider nicht geschehen! Es gab auch keine einzige Frage vonseiten der SPD und den Grünen an die Kritiker der DHP!

War dies also eine reine Pseudoveranstaltung, die nur dazu dienen sollte die Bürgerinnen und Bürger weiter zu verunsichern oder gar zu verdummen? Bürgerfreundlichkeit und Transparenz sieht nach unserer Ansicht etwas anders aus! [...]

Weitere Veranstaltungen aus unserer Runde zeigen, dass der Kampfgeist trotz solcher Frusterlebnisse durchaus noch nicht nachlässt. Meine Befürchtungen scheinen sich nicht zu bestätigen. Da brodelt es weiter in vielen Städten und Gemeinden in NRW, sicherlich abhängig vom Verhalten der jeweiligen Verwaltung vor Ort. Resignation sieht anders aus. So lädt „Alles dicht in Havixbeck und Hohenholte“ zu einer Veranstaltung „Über Sinn und Unsinn

der *Dichtheitsprüfung*“ mit Hartmut Hepcke am 14. März in die Gesamtschule Havixbeck ein.

Dass die Protestwelle so nachhaltig bestehen bleibt, ist nicht selbstverständlich. Leider gibt es keine wirklich schlagkräftige Organisation, die sich unser Anliegen auf die Fahne schreibt. Gewerkschaften und Sozialverbände könnten leicht mit entsprechenden Kampagnen hunderttausende auf die Straße bringen. Nach wie vor verstehe ich deren Desinteresse nicht. Der teure Unsinn – und damit meine ich nicht nur die *Dichtheitsprüfung* – trifft doch gerade sozial Schwache besonders hart. Allerdings ist mir bei denen genauso unklar wie bei einer SPD, wen oder was die denn tatsächlich heutzutage vertreten.

Ich kann nur vermuten, dass es dort läuft wie in vielen Betrieben. Wenn ein erfolgreiches Unternehmen seine Visionen verliert, übernehmen die Controller. Nichts gegen diese Berufsgruppe – auch die haben ihren Platz und ihre Zeit und ohne sie ginge nichts. Wenn die Visionen aber nicht zurückkehren, übernehmen die Zahlenmenschen dauerhaft und das bedeutet fast immer den Niedergang. Einen möglichst hohen Aktienkurs zum wichtigsten Unternehmensziel zu erklären ist etwas anderes, als „gemeinsam den Mond erreichen“ zu wollen. So ist der drohende Niedergang nicht an den Zahlen abzulesen. Die Bilanzen sind in Ordnung, die Gewinne höher als je zuvor und steigen weiter, genauso wie der Aktienkurs. Aber die Controller höhlen die Organisation von innen her aus, töten all das, was von den früheren Visionen noch übrig ist und irgendwann, für Außenstehende meist vollkommen überraschend, kollabiert die leere Hülle – manchmal leise, manchmal mit lautem Getöse – wenn nicht rechtzeitig ein neues Management neue Visionen bringt oder die alten Ideale zu neuem Leben erweckt. Bei Wirtschaftsunternehmen gelingt der Kraftakt manchmal. Vor die Alternative gestellt, unterzugehen oder komplett neu anzufangen, ziehen wirklich alle im Unternehmen an einem Strang. In der Politik und vielen Verbänden fehlen leider diese Untergangsszenarien und damit die Chance zu nachhaltiger Korrektur.

Auch in den meisten großen Sozialverbänden dürften inzwischen die Controller das Ruder übernommen haben. Den alten Idealismus gibt es dann allenfalls noch an der Basis. Das Management sieht ausschließlich auf die Zahlen und alle offiziellen Bekundungen zu hehren Zielen sind dann nur noch leere Worthülsen. So etwas nennt man eine versteckte Agenda. Da geht es dann in Wirklichkeit nicht mehr an aller erster Stelle um Hilfsbedürftige, sondern um die Maximierung der Einnahmen und des Spendenaufkommens. Dazu ist dann jedes Mittel Recht, jede Katastrophe höchst willkommen, weil sie frisches Geld in die Kasse spült.

Nicht einmal vor dem Einsatz teurer Drückerkolonnen schrecken viele dieser Organisationen zurück. Entscheidender als wirkliches Elend ist die Wirkung eines Ereignisses in der Öffentlichkeit. Sobald die Presse eine geeignete Sau

durchs Land treibt, hängen die sich da mit einer Spendenkampagne dran. Das funktioniert immer. Da macht ein elendes Waisenhaus in Afrika einfach mehr her als verarmte Rentner und Obdachlose vor der eigenen Haustüre und das Bild eines vermeintlich sterbenden Eisbären auf seiner Scholle (der eigentlich nur satt seinen Mittagsschlaf hält, das Blut auf seinem Fell stammt von der gerade zerfleischten Robbe) wirkt allemal herzerreißender als der zerfetzte Rotmilan am Windrad. Das Eine bringt breite Öffentlichkeit und damit reiche Spenden, das Andere eben beides nicht.

Selbst Grundbesitzervereine vertreten nicht unbedingt die Interessen ihrer Mitglieder. Auch die folgen regelmäßig einer versteckten Agenda, die mit der Vereinssatzung nicht viel zu tun hat. Jeder Unternehmensberater weiß das. Es ist der Normalfall, nicht die Ausnahme. Wenn er herausfinden will, warum der Laden nicht läuft, versucht er als Erstes, genau diese versteckte Agenda herauszufiltern, und die kann er eben nicht irgendwo einfach nachlesen.

Auch „Haus und Grund“ war anfangs durchaus nicht auf unserer Seite. Schon 2007 hätten die heftig protestieren müssen, haben das Thema damals aber komplett verschlafen. Im Laufe der letzten Monate erst ist der Verein schlauer geworden und vor allem H&G Oberberg hat schon einiges für uns getan. Es ist noch abzuwarten, ob die da weiter dran bleiben oder dieses Interesse letztlich doch anderen politischen Zielen opfern. Fazit: Wirklich verlassen können wir uns nur auf uns selbst, wie die folgende Mail zeigt:

24.01.2013, 23:03

Sehr geehrter Herr Genreith,
nochmals Anerkennung für Ihr Engagement bei dem leidigen Thema DHP. Ich wundere mich für meine Kölner Region, dass unser Haus- und Grundbesitzerverein Köln in dieser Hinsicht keinerlei Aktivitäten erkennen lässt. Ich habe den Eindruck einer zu großen Nähe zu den Steb (Stadtentwässerungsbetrieben), den Handwerksunternehmen und auch der Rot-Grünen Politik – Kölscher Klüngel halt!!!

Frage an den Kommunikationsprofi: Wie kann man diesen H&G-Verein daran erinnern, dass er von den Haus- und Grundbesitzern für die Wahrung derer Interessen bezahlt wird? [...]

In der Tat hat der „Kölner Haus- und Grundbesitzerverein“ nichts zu tun mit „Haus und Grund“, wird aber oft verwechselt. Er ist berüchtigt für seine Nähe zur Kölner Politik. Wirklich helfen kann ich nicht. Nur dessen Mitglieder könnten da etwas unternehmen, mit Anträgen, Eingaben, Austritten. Wenn im Verein aber eher Vermieter großer Immobilien organisiert sind und auch noch Handwerker, sehen die eher kein besonderes Problem. Die Kosten landen am Ende schließlich immer bei den Mietern – wenn nicht über die Nebenkosten, dann eben über eine steigende Nettomiete. Die sind dann vielleicht noch dankbar für den neuen Anlass für eine Erhöhung. Nur die priva-

Eines möchte ich noch an die Adresse der Partei loswerden, der mein Vater über Jahrzehnte angehörte. Auch als Folge solch falscher Weichenstellungen ist die SPD im Jahre 2019 auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit. Das Führungspersonal hat immer noch nicht begriffen, dass es mit vielen ihrer Hauptthemen nur noch typische GRÜNEN-Wähler erreicht. Grüne Politik, wie sie heute betrieben wird, bedient vor allem wirtschaftliche Interessen milliardenschwerer Industrien, unter denen Windkraft und Fotovoltaik eine herausragende Rolle spielen. Mit einer Politik für die Schwachen ist sie schon lange nicht mehr in Einklang zu bringen. An der Fotovoltaik verdienen nur die Wohlhabenden. Nur wer Geld übrig hat, kann in Windkraft investieren. Von Dieselfahrverboten sind vor allem die betroffen, die sich keine neuen Autos leisten können. Nur den Schwachen bleibt kein anderer Ausweg, als zu zahlen und zu verzichten. Wenn die SPD nicht begreift, dass im Zweifel soziale Gesichtspunkte eindeutig Vorrang haben müssen vor zweifelhaften ökologischen Zielen, dann wird der weitere Niedergang nicht aufzuhalten sein. Ähnliches gilt in abgeschwächter Form allerdings auch für andere Parteien, die Sozialpolitik mit Ökologismus verwechseln.

Eine versteckte Agenda dürfte aber auch hier am Werke sein, die deren erratisches Verhalten erklären könnte. Als gleichzeitig gewinnbringende Wirtschaftsunternehmen sind die Parteien nicht in erster Linie auf Wähler angewiesen. Schon am 4. Dezember 2000 titelte etwa der Focus „*Heimliches Milliardenreich*“ in Bezug auf die SPD und selbst im Jahr 2016, das überwiegend geprägt war von Wahldesastern – in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt zog sogar die AfD schon deutlich vorbei –, war die Partei wirtschaftlich sehr erfolgreich. Die Vermutung liegt also nicht ganz so fern, dass die versteckte Agenda sich in erster Linie an ganz anderen Zielen orientiert als dem Gewinnen von Wahlen.

Die uralten Mechanismen, die hinter den Kulissen wirken, sind allerdings grundsätzlicher Art und werden sich wohl auch auf absehbare Zeit nicht ändern. Nur sollte sich jedermann deren bewusst sein und im Rahmen seiner Möglichkeiten gegensteuern. Der Kopf dient nicht ausschließlich der Nahrungsaufnahme und mit betreutem Denken sollte sich niemand zufriedengeben. Das Gleiche gilt auch für eine Partei, wenn sie denn überhaupt ein lebendiges Abbild der Gesellschaft bleiben will. In der Tat wirft die Dokumentation der Ereignisse in diesem Buch ein schonungsloses Schlaglicht auf die Motive aktueller Politik. Wenn Ideologie das Handeln bestimmt, spielt die Würde der Menschen nur eine untergeordnete Rolle. Mit oft hanebüchenen, pseudowissenschaftlichen Argumenten setzt ein ins Absurde übersteigertes Ökologismus Regeln durch, die sich nicht mehr vorrangig am Wohle der Bürger orientieren. Wie seit Jahrhunderten schon wird jeweils eine hypothetische Hölle heraufbeschworen, die zu vermeiden keine Opfer zu groß und keine Kosten zu hoch sein können. Bürokratische Monster setzen danach unsinnige Vorschriften rücksichtslos gegen die offenkundigen Interessen Be-

Sein erster Ausflug in die Untiefen der Landes- und Kommunalpolitik entwickelt sich zu einem Krimi ungeahnten Ausmaßes. Hoffnungen im ständigen Wechsel mit Aussichtslosigkeit und überraschenden Wendungen begleiten ein dramaturgisches Feuerwerk im Kampf mit Politik, Medien und milliardenschweren Lobbyinteressen. „Alles dicht in NRW“ trat eine Protestlawine los, die nach kaum zehn Monaten mit Wucht in Landtag und Landesregierung einschlug und schließlich ein Gesetz zu Fall brachte, das von allen Parteien einstimmig beschlossen und in den Kommunen schon umgesetzt wurde – ein beispielloser Vorgang in der gesamten Geschichte des Landes.

Die Dokumentation der Ereignisse wirft dabei ein schonungsloses Schlaglicht auf die Motive aktueller Politik. Mit oft hanebüchenen, pseudowissenschaftlichen Argumenten setzt ein ins Absurde übersteigter Ökologismus inzwischen Regeln durch, die sich nicht mehr vorrangig am Wohle der Bürger orientieren. Wie seit Jahrhunderten schon wird jeweils eine hypothetische Hölle heraufbeschworen, die zu vermeiden keine Opfer zu groß und keine Kosten zu hoch sein können. Wenn auch der Sachverstand oft fehlt, so wissen doch erfahrene Politiker und Priester eines gleichermaßen sicher: Mache den Leuten Angst und du kannst ihnen nach Belieben das Geld aus der Tasche ziehen.

Auch davon handelt diese Geschichte.

